

# **Identitätsforschung, Identitätspolitik und der Zusammenhalt der Gesellschaft**

VON ULRICH SCHMIDT-DENTER

In diesem Artikel geht es um die bemerkenswerten Wandlungen im Konzept der „Identität“ von einem wissenschaftlichen Fachterminus hin zu einem politischen Kampfbegriff. Der Text zeichnet diese Entwicklung nach und bewertet sie auf der Grundlage empirisch-psychologischer Forschungsbefunde. Dabei stellen sich Fragen nach den psychologischen Voraussetzungen des sozialen Zusammenhalts und nach der Zukunftsfähigkeit der liberalen Demokratie.

## **1. Psychologische Identitätsforschung**

### **1.1 Personale Identität**

Der Begriff „Identität“ umschreibt in der Psychologie ein bedeutendes Forschungsgebiet. Die Identitätsforschung wurde von Erik H. Erikson (1950/99, 1959/73) begründet und verfolgte als zentrales Anliegen, einen Beitrag zur seelischen Gesundheit zu leisten. Erikson als Psychoanalytiker maß dem Bedürfnis nach einer gesicherten Identität einen ähnlich hohen Stellenwert bei, wie es Sigmund Freud (1961) für die Sexualität postuliert hatte. Beides sind Urkräfte, die man weder leugnen noch abschaffen, die man aber gestalten und zivilisieren kann. Beide sind unter salutogenetischem Gesichtspunkt bedeutend: Sie besitzen das Potential, ein erfülltes Leben und eine gesunde Entwicklung zu ermöglichen oder aber als pathogener Faktor psychische Erkrankungen zu bewirken.

Die Entwicklung von Identität setzt die Fähigkeit zur Selbstreflexion voraus, die unter allen Spezies nur dem Menschen zugeschrieben wird, also genuin menschlich ist. Es ist für den Menschen nahezu unmöglich, sich nicht die Fragen zu stellen: Wer oder was bin ich? Wozu gehöre ich? Die Antwort auf die erste Frage definiert die personale Identität, die Antwort auf die zweite Frage die soziale Identität. Identität lässt sich auf diese Weise als Selbstdefinition beschreiben, als ein Konzept von der eigenen Individualität und von deren spezifischen sozialen Bezügen.

Erikson beschäftigte sich vor allem mit der personalen Identität, die er Ich-Identität nannte. Der Begriff der Kohärenz war für ihn als Voraussetzung für seelische Gesundheit entscheidend, d.h. die Person, muss sich als Einheit erleben können, damit keine psychisch belastende Identitätsdiffusion entsteht (vgl. Schmidt-Denter, 2011).

Erikson (1950/99; 1959/73) siedelt den Kohärenzgedanken auf drei Ebenen an:

- Intraindividuelle Ebene: Identität bedeutet einen Kern der Persönlichkeit, der bei all ihren Veränderungen und den Veränderungen der Umwelt stabil bleibt. Das Individuum erlebt sich trotz aller Veränderungen in der Übereinstimmung mit sich selbst bzw. einem früheren Bild vom Selbst.
- Soziale Validierung: Gelungene Identität bedeutet die Übereinstimmung der Selbsterfahrung mit dem Bild, das sich andere von einem machen. Das Individuum sieht sich dabei durch die Brille der anderen und nutzt deren Reaktionen quasi als Spiegel, als Quelle der Erkenntnis über sich selbst.
- Synthese zwischen personaler und sozialer Identität: Für eine gelungene Identität muss eine Passung zwischen beiden Bereichen hergestellt werden. Dies ist Aufgabe des Individuums und der Gesellschaft gleichermaßen. Die wechselseitige Regulation zwischen dem Individuum und der Gesellschaft bedeutet für den Menschen als Gemeinschaftswesen ein evolutionäres Überlebensprinzip. Eine gelungene Synthese führt sowohl zu individuellem Glück als auch zu einer funktionierenden Gemeinschaft. Das „befriedigende Gefühl der Zugehörigkeit“ steht in Zusammenhang mit einer gesunden Ich-Identität und bildet eine wichtige Grundlage für gesellschaftliche Solidarität und sozialen Zusammenhalt (Hoffmann & Stikrud, 2004). Wenn die Synthese misslingt, besteht die Tendenz zur Ausbildung eines negativen Bildes von sich und der Gemeinschaft.

Der Kohärenzbegriff hat viele wissenschaftliche Kontroversen ausgelöst. Er hat sowohl Bestätigung erfahren, vor allem von klinisch arbeitenden Psychologen (Antonovsky, 1997), als auch Kritik hervorgerufen, vor allem von sozialwissenschaftlich orientierten Autoren. Die Kritik wendet sich zum einen gegen eine zu statische Version des Kohärenzmodells. Sie hebt hervor, dass Identität eine Konstruktion ist, die eine ständige Identitätsarbeit mit sich bringt. Das Modell müsse also prozessual konzipiert werden (Marcia, 1966; Berzonsky, 1990). Die Identitätsarbeit kann im Laufe des Lebens geringer oder stärker aktiviert sein, je nachdem wie viele Änderungen in der eigenen Person oder in der Umwelt verunsichernd wirken und eine Auseinandersetzung mit der Selbstkonstruktion erfordern (vgl. 5). Identitätsrelevanter Stress ist vor allem für das Jugendalter typisch. In dieser Entwicklungsphase besteht zudem die größte Vulnerabilität und somit die höchste Gefahr für psychische Beeinträchtigungen (vgl. 4.3).

Die narrative Psychologie geht davon aus, dass Menschen ihre Identität konstruieren, indem sie ihr Leben wie eine Geschichte erzählen. Sie versuchen, kohärente Verbindungen zwischen einzelnen Lebensereignissen herzustellen, um zentrale sinnstiftende Ideen über das eigene Selbst zu wahren (Gergen & Gergen, 1988; Kraus, 1996). Die Basis des Selbstkonzepts ist somit das Gedächtnis.

Gedächtnisverlust ist gleichbedeutend mit dem Verlust der Identität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die gespeicherten Informationen und Selbstbilder unveränderlich sind. Die Geschichte der Identitätsarbeit ist immer auch eine Geschichte der Identitätsrevisionen. Mit einer veränderten Sinngebung ändern sich die einzelnen Gedächtnisinhalte qualitativ und werden neu interpretiert. Die Art der Erzählung kann das Individuum funktionsfähig halten und stark machen oder aber destruktiv wirken. An diesem Punkt setzt die narrative Therapie an. Sie verfolgt das Ziel, den Leidensdruck zu verringern, indem sich die Klienten mit ihrer Lebensgeschichte aussöhnen und daraus Kraft für die Zukunft schöpfen können. Der Therapeut wird zum biografischen Ko-Konstrukteur, der mit dem Klienten danach sucht, wo sich positive Elemente in der eigenen Biografie finden lassen und wie sich eine konstruktive Erzählweise aufbauen lässt, die für die Aufgaben in Gegenwart und Zukunft anschlussfähig ist (vgl. 4.3 u. 5).

Die stärksten Bedenken gegen das Kohärenzmodell Eriksons wurden aus soziologischer Sicht formuliert. Der schnelle gesellschaftliche Wandel, Individualisierung und Diversifizierung verhinderten die Entwicklung überdauernder Identitäten. Die „Risikogesellschaft“ erfordere flexible Anpassungsstrategien (Beck, 1986; Beck & Beck-Gernsheim, 1994). Der Trend zur Identitätsdiffusion gehöre zu den Folgekosten der Moderne. Als ein den modernen Lebensbedingungen angemessenes Konzept wurde die Patchwork-Identität vorgeschlagen (Keupp, 1997). An die Stelle gesellschaftlich festgelegter Verbindlichkeiten für die Identitätskonstruktion trete eine Vielfalt von Anpassungsleistungen. Entscheidend sei die alltägliche Identitätsarbeit des Individuums im Sinne ständiger dialogischer Prozesse, die das sich wandelnde Selbstbild konstituieren. Bisherige verlässliche Rahmenbedingungen für soziale Anerkennung und Zugehörigkeit, wie Herkunft oder Nation, würden an Bedeutung verlieren. Es komme somit zu einem Verlust „entlastender Selbstverständlichkeiten“, die die Identitätsarbeit erleichtern. Das moderne Individuum müsse demgegenüber „individuelle Lebenskollagen“ gestalten und eine „Bastelbiografie“ erarbeiten, was den psychischen Stress erhöht. Das Ziel der Identitätsarbeit bleibt aber dennoch die Konstruktion von Kohärenz.

## 2.2 Soziale Identität

Ein führender Ansatz zum Verständnis der sozialen Identität wurde von Tajfel (1982) sowie Tajfel und Turner (1986) vorgelegt. Soziale Identität kann so vielfältig sein, wie es Gruppen gibt, denen sich das Individuum zugehörig fühlt. Man kann sich als Fan eines bestimmten Fußballvereins, als Mitglied einer Familie oder als Vertreter einer Berufsgruppe betrachten, ohne dass sich dies gegenseitig ausschließt. Ebenso kann man sich durch seine ethnische, religiöse

oder nationale Identität definieren (vgl. 4.2). Das Gefühl der Zugehörigkeit ist nach Tajfel werthaltig. Der Wert ergibt sich aus dem Ansehen, das die Gruppe genießt und das durch soziale Vergleiche festgestellt wird. An den Vergleichsprozessen sind drei Komponenten beteiligt:

1. Soziale Kategorisierung: Es handelt sich um einen kognitiven Prozess, durch den die soziale Welt in Gruppen gegliedert wird, denen man entweder angehört (Ingroup) oder denen man nicht angehört (Outgroup).
2. Verbundenheit: Sie beschreibt die Stärke der Emotionen, die an der Kategorisierung beteiligt sind.
3. Bewertung: Diese evaluative Komponente bezieht sich auf das Ansehen der Gruppe, das eine Mitgliedschaft mehr oder weniger attraktiv machen kann.

Den Kern der Social Identity Theory (SIT) bildet die Annahme, dass Menschen eine positive soziale Identität erreichen oder erhalten wollen. Die positive soziale Identität ergibt sich aus dem hohen Ansehen der Gruppe und ist deswegen wichtig, weil sie mit einer positiven personalen Identität zusammenhängt. Um eine möglichst positive Selbsteinschätzung der Ingroup und somit der eigenen Person zu erreichen, neigen Menschen dazu, die Eigengruppe bei sozialen Vergleichen auf- und die Fremdgruppe abzuwerten.

Die Brisanz der SIT liegt vor allem in dem Postulat eines Zusammenhangs zwischen Eigengruppen-Favorisierung und Fremdgruppen-Abwertung begründet sowie in dem empirischen Nachweis, dass dieser Mechanismus tief in der sozialen Wahrnehmung des Menschen verankert ist. In Untersuchungen mit dem „minimal group paradigm“ konnte Tajfel zeigen, dass schon geringe und banale Unterschiede ausreichen, damit ein Diskriminierungsprozess zwischen Eigen- und Fremdgruppe einsetzt und Unterschiede in der Bewertung auslöst.

Die Innen/Außen-Differenzierung kann man trotz ethischer Bedenken nicht aus der Welt schaffen. Jedes „Innen“ bedingt auch ein „Außen“. Ein „Ich“ kann nur existieren, wenn es auch ein „Nicht-Ich“ gibt. Ebenso verhält es sich zwischen einem „Wir“ und einem „Nicht-Wir“. Ohne eine Grenze dazwischen sind beide Konzepte unsinnig. Schon Säuglinge lernen, zwischen sich und einer Außenwelt zu unterscheiden. Dies markiert den Beginn des Ich-Bewusstseins.

Bereits gegen Ende des ersten Lebensjahres entwickelt sich ein Wir-Bewusstsein. Es wird zwischen Bekanntem und Unbekanntem differenziert. Das Vertraute wird positiv erlebt und mit Sicherheit assoziiert, das Fremde ruft Angst und Gefühle der Bedrohung hervor. Dieser aus der Evolution stammende Mechanismus ist universal zu beobachten, er tritt bei allen Spezies und in allen Kulturen auf. Dennoch ist er nicht deterministisch angelegt, sondern kann sich entwickeln und durch Erfahrung verändern.

Bischof (1985/2020) sieht eine evolutionär vorprogrammierte Entwicklungslinie über die Lebensspanne, die einen Grundkonflikt zwischen dem Streben

nach Intimität einerseits und Autonomie andererseits widerspiegelt. Die allmähliche Lösung vom Vertrauten und das Streben nach Exploration des Unbekannten nehmen im Laufe der Kindheit zu. Im Jugendalter erreicht dieser Prozess einen ersten Höhepunkt, indem sich Jugendliche gegenüber dem Unbekannten besonders offen zeigen und von außen beeinflussbar sind. Wie sich dabei zeigt, kann das Fremde neben Angst auch mit anderen Erlebnisqualitäten verbunden sein, wie Neugier, Faszination, Erotik oder Unschuld und Reinheit, wie der Mythos des „edlen Wilden“ belegt. Der folgende langfristige Alterstrend ist dann dadurch gekennzeichnet, dass es wieder zu einer verstärkten Wertschätzung des Vertrauten kommt.

Die lebhafteste Forschungstätigkeit zur Ingroup/Outgroup-Problematik ist dadurch begründet, dass in der Eigengruppen-Favorisierung und Fremdgruppen-Abwertung ein gesellschaftliches Problem gesehen wird. Insbesondere Nationalismus, Rassismus und Vorurteile werden damit in Verbindung gebracht. Eine psychische Disposition wurde so zum Gegenstand politischen und pädagogischen Handelns. Als etwas voreilige und allzu simple Lösung des Problems gab es Bemühungen, die wahrgenommene Differenzierung als gar nicht existent zu proklamieren und Vorurteile zu dekonstruieren, indem man sie als lediglich gesellschaftlich bedingt, als durch den „Kapitalismus“, die „weiße Vorherrschaft“ oder das „Patriachat“ verursacht, ansah.

Diese Auffassungen sind jedoch verfehlt. Die menschliche Wahrnehmung ist äußerst sensibel auf soziale Differenzierung angelegt und mit einem physiologischen Warnsystem verbunden. Der Prozess findet innerhalb von 50 Millisekunden statt, also bevor er überhaupt die Ebene des Bewusstseins erreicht (und ist somit doppelt so schnell wie bei der Wahrnehmung nicht-sozialer Objekte). Er kann nicht „ausgerottet“ werden und kann niemandem moralisch angelastet werden. Man kann aber sehr wohl sagen, dass mit der Bewusstwerdung die individuelle Verantwortung beginnt, wie mit der Differenzerfahrung umgegangen wird.

In ähnlicher Weise können Vorurteile nicht gänzlich verschwinden, sondern nur verantwortlichem Handeln untergeordnet werden. Jeder Mensch hat Vorurteile, auch die, die Vorurteile bekämpfen oder Opfer von Vorurteilen sind. Vorurteile sind stereotype Konstrukte, die einer schnellen Orientierung dienen. Viele haben sich in der Evolution bewährt, wie die Vorsicht gegenüber dem Unbekannten. Darüber hinaus sind sie deswegen überlebenswichtig, weil sie schnelle Handlungsmöglichkeiten erlauben. Eine differenzierte Prüfung von allem und jedem würde die kognitiven Kapazitäten des Menschen überfordern und Zeit kosten, die nicht immer zur Verfügung steht. Auch eine gründliche Reflexion würde letztlich doch wieder in Kategorisierungen enden müssen, die man prinzipiell noch weiter verfeinern könnte.

Interindividuelle Unterschiede bestehen somit weniger darin, ob soziale Urteile vorurteilsbehaftet sind, sondern mehr in dem Bewusstsein der Vorläufigkeit, des Irrtums und des Nicht-Wissens. Dieses kann stark, schwach oder gar nicht ausgeprägt sein. Das Problem beginnt, wenn Vorurteile als wahr erachtet werden und wenn Stereotype unzulässig verallgemeinert werden. Diese Bedenken wiegen besonders schwer, wenn man nicht nur auf vermeintliche Gruppenmerkmale schließt, sondern darüber hinaus auf ein bestimmtes Individuum, das dieser Gruppe angehört.

In der Identitätsforschung besteht immerhin Einigkeit dahingehend, dass die unvermeidliche Grenzziehung zur Definition einer Eigengruppe nicht zur Abwertung von Fremdgruppen, also zu einer negativen Diskriminierung führen sollte (vgl. 4.2). Um dies zu erreichen, dürfen Identitätskonstruktionen und Eigengruppen-Favorisierungen nicht unreflektiert und nicht rigide angelegt sein. Zahlreiche Studien konnten diese Defizite bei rechtsradikalen Einstellungen nachweisen (vgl. Schmidt-Denter, 2011). Als zentrales empirisches Kriterium für Rigidität und die damit verbundene Feindseligkeit gegenüber Fremdgruppen erwies sich die Ambiguitätsintoleranz. Diese ist definiert als die Unfähigkeit, Komplexität, Mehrdeutigkeiten und Widersprüchlichkeiten zu ertragen sowie die Legitimität der Sichtweisen anderer zu akzeptieren. Die Identitätskonstruktionen zielen dementsprechend auf Eindeutigkeit und ein klares Freund-Feind bzw. Gut-Böse-Schema ab.

Als Begründerin des Konzepts der Ambiguitätstoleranz vs. Ambiguitätsintoleranz gilt in der Fachliteratur Frenkel-Brunswik (1949). Sie definierte Ambiguitätsintoleranz als „tendency to resort to black-white solutions, to arrive at premature closure as to evaluative aspects, often at the neglect of reality, and so seek for unqualified and unambiguous overall acceptance and rejection of other people.“ (S. 115). Frenkel-Brunswik selbst führte jedoch ihre Arbeiten explizit auf die Integrationstypologie von Jaensch (1923, 1927) zurück. Diese Bezugnahme bleibt heute häufig unerwähnt, weil er sich dem NS-Regime andiente. Wie Reis (1996) ausführt, ist die Zitatregel über die Urheberschaft einerseits berechtigt, andererseits gerade jedoch auch ein Befund in Vergessenheit, der heute wieder hochaktuell ist. Jaensch fand als erster empirisch zwei Persönlichkeitstypen, die der Ambiguitätstoleranz und der Ambiguitätsintoleranz entsprechen. Er bewertete den ersten negativ als „absonderlich“ und den zweiten positiv als „charakterfest“. Frenkel-Brunswik (1949) bestätigte die Dichotomie, bewertete die Typen unter Bezugnahme auf die Arbeiten zum „Autoritären Charakter“ (Adorno et al., 1950) aber genau umgekehrt. Aus „Charakterfestigkeit“ wurde „Rigidität“, aus „Absonderlichkeit“ eine individualistische differenzierte Persönlichkeit. In den Zuschreibungen durch die Autoren manifestierten sich also deren unterschiedliche politische Orientierungen, eine totalitäre Gesinnung mit

einem dogmatischen Welt- und Menschenbild gegenüber einer demokratischen Einstellung (vgl. 2 u. 5).

## 2. Identitätspolitik<sup>1</sup>

### 2.1 Anlass und Aufstieg

Bis vor etwa 30 Jahren war die Diskussion um den Identitätsbegriff eine vorwiegend akademische. Die Untersuchungsergebnisse sowie die lebhaften wissenschaftlichen Kontroversen fanden wenig Resonanz im öffentlichen Bereich. Sie waren kein bevorzugtes Thema in den Medien und in Intellektuellen-Zirkeln. Dies änderte sich jedoch – bezogen auf Deutschland – zu Beginn der 1990er Jahre. Der Identitätsbegriff machte Karriere im öffentlichen Diskurs und im Feuilleton. Hierfür lassen sich verschiedene Ursachen anführen.

Die wichtigsten Anstöße kamen aus den USA im Rahmen der „Identity Politics“ als einem Begriff der „Cultural Studies“. Es gibt viele historische Vorläufer, die sich dem Wortsinn nach als „Identitätspolitik“ bezeichnen lassen. Der zeitgenössische Begriff, der im öffentlichen Diskurs für Aufmerksamkeit sorgt, wurde jedoch von amerikanischen sozialen Bewegungen geschaffen, zunächst seitens der Afro-Amerikaner, der Feministinnen sowie schwulen und lesbischen Gruppen. Es folgten die amerikanischen Ureinwohner, Amerikaner asiatischer, indischer und hispanischer Herkunft, Alte, Obdachlose, Behinderte und eine lange Liste anderer mit nahezu endloser Ausdifferenzierung.

Das Ziel bestand darin, der erlebten Diskriminierung dieser Minderheiten durch die Mehrheitsgesellschaft etwas entgegenzusetzen und eine eigene positive Identität aufzubauen. Als zentrales Mittel im Kampf um Anerkennung wurde die Beseitigung stigmatisierender Zuschreibungen angesehen. Diese Sensibilisierung für mögliche Kränkungen durch sprachliche Äußerungen und gleichzeitige Kontrolle der Sprache wurde unter der Bezeichnung „Political Correctness“ bekannt. Zur Verbreitung sorgten Artikel in der New York Times (1990) und im New York Magazine (1991). Daraufhin griffen auch die deutschen „Qualitätsmedien“ das Thema auf (Süddeutsche Zeitung, 1991; Der Spiegel, 1993; DIE ZEIT, 1993). Es begann eine hitzige Debatte, die bis heute anhält. Dies ist

---

1 Dieses Kapitel ist thematisch so angelegt, dass es sich nicht ausschließlich auf wissenschaftliche Literatur stützt, sondern auch Quellen aus dem „Qualitätsjournalismus“ berücksichtigt. Dazu wurden in der ersten Jahreshälfte 2021 sämtliche einschlägigen Artikel, auf die über „Google-News“ zugegriffen werden konnte, erfasst. N = 209 wurden näher inhaltsanalytisch ausgewertet, können aber aus Kapazitätsgründen nur sehr begrenzt hier zitiert werden. Der Bereich der sozialen Medien blieb unberücksichtigt.

aber nicht allein dem Feuilleton geschuldet, sondern vor allem darauf zurückzuführen, dass nach dem Scheitern des real existierenden Sozialismus die Identitätspolitik zum neuen Markenkern linker Politik in Deutschland, aber auch in anderen westlichen Ländern avancierte und als Ersatz für die Klassenkampf-Rhetorik diente, die nun – zumindest vorerst - obsolet geworden war (vgl. 2.4).

## 2.2 Widersprüche und Polarisierungen

Die leidenschaftlich geführten Kontroversen entzündeten sich an mehreren Aspekten dieses schillernden Themas, das selten mit widerspruchsfreien Definitionen aufwartet und auf Logik wenig Rücksicht nimmt.

Die einen erhofften sich einen großen Fortschritt in Richtung Gerechtigkeit und Emanzipation. Über Sprachwandel sollte ein Bewusstseinswandel und darüber hinaus ein kultureller Wandel erreicht werden. Die anderen befürchteten einen Angriff auf die Meinungsfreiheit und eine Sprachzensur im Sinne des Orwell'schen Klassikers „1984“, also nichts Geringeres als die Errichtung einer Diktatur durch Gedankenkontrolle. Das literarische Werk Orwells erlebte zahlreiche Neuauflagen, sechs Neu-Übersetzungen ins Deutsche und zwei Hörbuchfassungen, die allesamt reißenden Absatz fanden. Dies lag sicherlich nicht an der Rahmenhandlung des Romans oder den technischen Möglichkeiten des „Großen Bruders“, die heute als lächerlich erscheinen, sondern an der verblüffenden Parallelität der Schlagworte. So ist dem „Gendern“ unschwer das Orwell'sche „Neusprech“ zuzuordnen und die „Cancel Culture“ den „Gedankenverbrechen“ (vgl. 2.3).

Diese Polarisierung ist den Befunden der politischen Kognitionsforschung zufolge bereits in der Intention und der Begrifflichkeit von politischer Korrektheit angelegt. Die Gegensätze offenbaren zwei Grundtypen ideologischer Überzeugungen, die sich hier in einem Spannungsfeld befinden. Wehling (2016) bezeichnet sie als „fürsorgliche“ und „strenge“ weltanschauliche Orientierung. In der Anfangsphase der Identitätspolitik stand die fürsorgliche Orientierung im Vordergrund. Sie basiert auf Empathie und Mitmenschlichkeit, auf Prosozialität und dem Wunsch, Schwächere zu schützen. Niemand sollte sich durch unangemessene Sprache verletzt fühlen müssen. Zunehmend gewann jedoch eine „strenge“ Ideologie die Oberhand. Sie plädiert für Normen und Regeln, deren Verletzung konsequent zu sanktionieren sei. Externe Lenkung und politische Bevormundung werden befürwortet.

Diese inhaltliche Dominanzverschiebung bahnte sich bereits früh durch verschiedene Fehlentwicklungen in der fürsorglichen Orientierung an. Die „affirmative action“-Richtlinien hatten an den amerikanischen Universitäten zu einer größeren Pluralität bei Studierenden und Lehrenden beigetragen. Der akade-



mische Kanon und die Curricula kamen auf den Prüfstand, um die neue Vielfalt besser abzubilden. Vereinbarungen über einen „speech code“ verfolgten das Ziel, Minderheiten vor Diskriminierung und Verletzungen zu schützen. Die Aussage „I feel offended!“ war jedoch bald mehr als ein soziales Signal und eine Aufforderung zu mehr sprachlicher Sensibilität, sie wandelte sich zu einer Waffe. Sie führte zu einer unübersichtlichen Form der Zensur, weil kaum absehbar war, wer sich durch was verletzt fühlen könnte. Dies kostete einigen unvorsichtigen Dozenten ihre Anstellung, Vorträge zu missliebigen Themen wurden abgesagt oder boykottiert, klassische Lehrtexte (wie Shakespeare) mit „trigger warnings“ versehen und „safe spaces“ eingerichtet, in denen die Studierenden garantiert nicht mit verstörenden Meinungen konfrontiert werden konnten. Die Idee der Universität wurde auf den Kopf gestellt. Gerade an einem Ort der intellektuellen Neugier und des freien Austauschs von Argumenten kehrte Dogmatismus ein und wurde der Meinungspluralismus gefährdet. Gegner der Political Correctness warnten mit scharfen Attacken vor Zensur („Sprach-Gestapo“, „Gehirnwäsche“) sowie vor einer Gefährdung der nationalen Einheit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die ersten Reformer der Identitätspolitik bzw. der Political Correctness strebten eine „common culture“ an. Daraus wurde jedoch eine „victim culture“. Statt Gräben zuzuschütten, wurden sie vertieft. Ursprünglich idealistische Ziele verkamen zu berufs- und karrierepolitischen Strategien.

Namentlich das „gender mainstreaming“ ist so angelegt, dass es speziell den Interessen akademisch gebildeter Frauen entgegenkommt. Die feministische Bewegung weist diesbezüglich typischerweise zwei blinde Flecken auf. Der erste betrifft das Ignorieren der sozialen Herkunft und der sozio-ökonomischen Bedingungen. Während in Deutschland seit einiger Zeit die Zahl der Frauen, die eine Professur besetzen, von Jahr zu Jahr steigt, wird eine akademische Karriere für die unteren sozialen Schichten stetig seltener (Reuter et al., 2021). Das zweite heiße Eisen stellt die Opfererfahrung von Frauen durch Migrantengewalt dar, die – von wenigen Ausnahmen abgesehen (wie z.B. Alice Schwarzer, 2016) – kaum thematisiert wird, da man sich in einer gemeinsamen Unterdrückungssituation mit anderen Minderheiten seitens „alter weißer Männer“ wähnt. Somit ist es kein Zufall, wenn z.B. die „Me-Too-Debatte“ junge Frauen und Mädchen ausschließt, die von genitalen Verstümmelungen, der Bedrohung durch „Ehrenmord“ oder der rasant steigenden Zahl von Gruppenvergewaltigungen (Bischof, 2021) betroffen sind und ihnen öffentliche Empathie verweigert (vgl. Kap. 3.2 u. 5). Frauen mit Migrationshintergrund, die dies kritisieren (oft aus eigener leidvoller Erfahrung), werden als Feindbild bekämpft (z.B. Ayan Hirsi Ali, 2021).

Hinsichtlich dieser These einer Allianz der Unterdrückten und eines damit verbundenen gemeinsamen Feindbildes übte die amerikanische Philosophin Ju-

dith Butler eine Vorbildwirkung aus. Sie begründete mit ihrem Buch „Gender Trouble“ (1990) den Queerfeminismus. Sie argumentierte radikaler als es bislang in der feministischen Literatur üblich war, indem sie die Sex-Gender-Trennung in Frage stellte, also die Unterscheidung zwischen einem biologischen (sex) und einem sozialen (gender) Geschlecht. Auch das biologische Geschlecht sei sozial konstruiert, als eine Folge von Diskursen zu verstehen. Die tradierten sexuellen Identitäten seien durch Zuschreibungen entstanden und dürften von den Betroffenen nicht einfach übernommen werden. „Etikettierungen werden als gewaltsame Festschreibungen abgelehnt, identitärer Eindeutigkeit wird maximale Pluralität und Differenz gegenübergestellt“ (Kastner & Susemichel, 2019, S. 16). Angestoßen durch diese Thesen offenbarten sich in der Folgezeit immer feinere Ausdifferenzierungen von Identitäten, die für sich einen Minderheiten- und damit Opferstatus reklamierten. Die Bezifferung in der Literatur reicht vom zwei- bis in den vierstelligen Bereich (4000 bei Kelle, 2020). Der französische Wissenschaftsphilosoph Hoquet (2016) spricht sogar von „unzähligen“ Geschlechtern, womit dann wohl jedes Individuum Anerkennung für ein eigenes Geschlecht in Anspruch nehmen könnte. Um wenigstens die größten Gruppen abbilden zu können, wurde das Kürzel LBGTIQ+ (Lesbian, Gay, Bisexual, Trans, Intersex, Queer u.a.) geschaffen.

In der deutschen Diskussion nehmen Forderungen nach geschlechtergerechter Sprache einen hohen Stellenwert ein. Um Frauen „sichtbarer“ werden zu lassen, werden erhebliche Eingriffe in die Grammatik durchgesetzt (vgl. den Beitrag von Glück in diesem Band). Es wurde daher zunächst die Doppelnennung empfohlen sowie die Schrägstrich-Schreibweise (Bewerber/innen). Es folgten das Binnen-I sowie genderneutrale Formulierungen (Studierende, Lehrende). Um Menschen mit divers geschlechtlicher Identität nicht auszuschließen, wurde das Gender-Gap (mit Unterstrich in einer Lücke), der Gender-Doppelpunkt, das Gendersternchen (Asterisk) sowie zahlreiche Suffixe (Profx, Profa, Dx gutx Lehrx ) erfunden. In den christlichen Kirchen wird diskutiert, das Gendern nicht nur auf Menschen, sondern auch auf Gott anzuwenden (also Gott\* oder Gott+, vgl. katholisch.de, 2021). Der Wiener Kolumnist Phettberg „entgendert“ mit „y“, indem er seine Leser mit „Lesys“ bezeichnet (Kronschläger, 2021). Der Darmstädter Biologie-Doktorand Philip Hönle entdeckte ein neues „Ameisy“ (Zoske, 2021). Der Sprachforscher Lann Hornscheidt schlägt dagegen die Endung „ens“ vor. Statt „Ein Käufer und sein Einkaufskorb“ solle es somit heißen „Ens Käufens und ens Einkaufskorb“ (Einfeldt, 2021). Eine gewisse unfreiwillige Komik wird bei all diesen Vorschlägen offenbar in Kauf genommen. Ähnliches gilt für die Regeln zur Aussprache, z.B. des Gendersterns, bei dem man eine kurze Pause einlegen soll (Glottisschlag), so als habe man einen Schluckauf (sog. „Gender-Hicks“). Über die Fallstricke dieses Re-

gelwerks stolpern auch die Befürworter, wie z.B. die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock, die in einer ARD-Talkshow mit Anne Will am 25.05.2020 den „Bund der Steuerzahler“ als „Bund der Steuer-Innen-Zahler“ bezeichnete (statt „Steuerzahler-Innen“).

Einige Kritiker sehen darin eine sprachliche Aggression und Verachtung für die deutsche Sprache (Eisenberg, 2021). Dass solche Vorwürfe nicht gänzlich unbegründet sind, zeigt sich am Beispiel Frankreichs. Staatspräsident Macron verbot das „Gendern“ in der Verwaltungssprache und Bildungsminister Blanquer in Schulen u.a. mit der Begründung, dass das Gendern nicht inklusiv, sondern ausgrenzend wirke, da das Gendern die Lesbarkeit von Texten, insbesondere für Migranten und Fremdsprachler, erschwere. Dies geschah mit expliziter Unterstützung der Académie Française als Hüterin der französischen Sprache. Erst mit Verzögerung gab es in einigen deutschen Bundesländern ähnliche Erlasse. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass in Deutschland ein besonders hoher Druck auf „gendergerechte Sprache“ ausgeübt wird. In der Niederlande gab es beispielsweise eine solche Debatte in den 1970er und 1980er Jahren, die aber schnell wieder verebbte, und in Italien ist das Ganze bis jetzt ein unbedeutendes Thema geblieben (Seuff, 2021). In Japan wiederum wird die Verwendung der weiblichen Form (z.B. bei Berufsbezeichnungen) als Herabwürdigung und Diskriminierung erlebt. Feministinnen versuchen daher durchzusetzen, dass das generische Maskulinum unterschiedslos für alle gilt (Dorren, 2021).

Offenbar bot die Situation in den USA genügend Anlass, dass Präsident Barack Obama sowie auch seine Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice wiederholt in die Debatte eingriffen. Beide gelten nach amerikanischen Kriterien als „People of Color (PoC)“ und stehen der Emanzipation von Minderheiten und den Frauenrechten unbedingt positiv gegenüber. Sie mahnten jedoch die identitätspolitischen Bewegungen, sich zu integrieren, die Opferrolle abzulegen, das „us vs. them“-Denken zu überwinden und gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Obamas Botschaft lautete: „Change and unity!“ (Manzke, 2009, S. 96 f.). In seinem jüngsten Interview warnte Obama speziell vor den Gefahren der „Cancel Culture“ (vgl. Welt, 2021).

### **2.3 Auf dem Weg zur „Cancel Culture“**

Mit dem Begriff „Cancel Culture“ wird zum Ausdruck gebracht, dass Positionierungen außerhalb eines durch Aktivisten definierten Meinungskorridors keine Plattform erhalten und aus der Öffentlichkeit verbannt werden sollten. Die Cancel Culture wird im Gegensatz zur klassischen Zensur nicht durch den Staat ausgeübt, sondern von sich „zivilgesellschaftlich“ nennenden Gruppen, die aber

direkt oder indirekt durch öffentliche Mittel gefördert werden, und deren Aktionen oft genug auf Sympathiebekundungen in den Medien und aus der politischen Klasse stoßen. Der Druck geht nicht vom Strafrecht aus, das die Meinungsfreiheit nach wie vor garantiert, sondern erfolgt über Mechanismen der Ächtung, Ausgrenzung und Einschüchterung, also Sanktionen, die den Menschen als evolutionär gewachsenes Gruppenwesen empfindlich treffen (vgl. 3).

Die Debatten über die Cancel Culture tragen sehr leidenschaftliche Züge, was nicht verwunderlich ist, da die Meinungsfreiheit sowie die Freiheit von Forschung und Lehre verfassungsrechtlich garantiert sind (Art. 5 GG). Zahlreiche Meldungen über eine Verletzung dieser Prinzipien kamen erwartungsgemäß aus dem für Political Correctness besonders anfälligen Kulturbetrieb in Deutschland (Süddeutsche Zeitung, 2020).

Für erhebliche internationale Aufmerksamkeit sorgte der heftige Widerstand gegen verschiedene Verlage, die das Gedicht von Armanda Gorman „The hill we climb“, das sie zur Amtseinführung von US-Präsident Joe Biden vorgetragen hatte, durch nicht-schwarze Personen in Fremdsprachen übersetzen lassen wollten (als Präzedenzfall die Niederländerin Marieke Lucas Rijneveld, die sich selbst als „non-binär“ einer sexuellen Minderheit zurechnet). Dabei wurde aber nicht diese Diskriminierung als rassistisch empfunden (was mit umgekehrten Vorzeichen sicherlich der Fall gewesen wäre), sondern die Beschäftigung einer weißen Übersetzerin mit einem von einer Schwarzen verfassten Text. Ausgelöst durch diese Nachricht, gab es eine breitere Diskussion über das Problem der „kulturellen Aneignung“, wobei offen blieb, wo deren Grenzen liegen. So wurde es als unzulässig angesehen, wenn ein Weißer schwarz geschminkt als Darsteller des „Othello“ auftritt. Dieses „Blackfacing“ sowie klassische Karnevalsverkleidungen im Stil ethnischer Folklore („Indianer“, „Scheich“ u.a.) haben sich als Tabu bereits durchgesetzt. Auch die Vergangenheit wird gesäubert, wie aus dem Vorgehen des WDR ersichtlich wird, der sich nach Kritik beeilte, sein Archiv von „anstößigen“ Szenen aus Karnevalssendungen zu bereinigen.

Im Gegensatz dazu protestierte eine Gruppe von 185 nicht-heterosexuellen deutschen Schauspielerinnen und Schauspielern gegen die von ihnen so empfundene Benachteiligung bei der Besetzung bestimmter Rollen in TV-Filmen (Süddeutsche Zeitung Magazin, 2021). Die gut beschäftigte Fernseh-„Kriminalkommissarin“ Ulrike Folkerts beklagte, beim „Casting“ von Mutter-Rollen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung unberücksichtigt zu bleiben. Die Gruppe erhielt durch ihr als „mutig“ betiteltes „Coming-out“ eine so positive Resonanz und starke mediale Unterstützung, dass Kritiker von einer PR-Aktion sprachen. Entsprechend wurde der Gruppe für ihre Initiative gegen „Klischeerollen“ der Ehrenpreis „Inspiration“ des Deutschen Schauspielpreises verliehen (Süddeutsche Zeitung, 2021).

Die Amazon-Studios bekannten sich wiederum in einer Selbstverpflichtung dazu, der Schauspielkunst bisher unbekannte Grenzen zu setzen. Künftig würden Rollen nur noch von Schauspielern besetzt, deren Identität (Geschlecht, Geschlechtsidentität, Nationalität, Rasse/ethnische Zugehörigkeit, sexuelle Orientierung, Behinderung) mit der Figur übereinstimmt (Küveler, 2021). Somit läuft die Frage der (sub-)kulturellen Aneignung offenbar auf eine Asymmetrie hinaus, indem queere Frauen einfordern können, heterosexuelle Mütter darstellen zu dürfen, heterosexuelle Frauen aber keine nicht-heterosexuellen (vgl. 5).

Als respektlose kulturelle Aneignung wurde empfunden, wenn Deutsche beliebte vietnamesische Gerichte nachkochen oder der britische Star-Koch Jamie Oliver eine jamaikanische Würzmischung (Jerk) verwendet (Brodkorb, 2021). Umgekehrt gab es Kritik an einem deutschen „Küchenrassismus“, definiert als die Abneigung gegen fremdländische Gerichte und Essgewohnheiten (Ohanwe, 2021) - ein merkwürdiger Vorwurf in einem Land, in dem es fast nur noch Restaurants und Lieferdienste gibt, die ausländische Küche anbieten. Eine Vorlage für diese Argumentation boten offenbar die amerikanischen „Sensory Studies“, die eine rassistische Prägung des gesamten Sinnessystems von Weißen behaupteten, so einen „olfaktorischen Rassismus“, der schwarzen Menschen einen besonderen Geruch zuschreibe oder ein „rassifiziertes Hörregime“, das Schwarze mit dem Stereotyp „laut“ in Verbindung bringe (Mrozek, 2020).

Weitere Aktionen der Cancel Culture betrafen u.a. die Ausstellung „rassistischen Spielzeugs“ im Spielzeugmuseum Nürnberg, als rassistisch empfundene Inhalte in Kinderbüchern von ehemals gefeierten Autoren wie z.B. Astrid Lindgren („Pipi Langstrumpf“) oder Michael Ende („Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer“) sowie beliebte Disney-Klassiker wie „Dumbo“, „Peter Pan“, „Aristocats“ oder „Dschungelbuch“, die aus dem Streaming-Dienst entfernt wurden (Der Tagesspiegel, 2021). Der Zeichentrickfilm über die „Eiskönigin“ wurde auf Druck der LBGTIQ-Community „diverser“ gestaltet. Selbst Aufführungen des „Nussknacker“-Balletts in Berlin gerieten unter Rassismus-Verdacht. Als pädagogisch besonders bedenklich wurde der „Glöckner von Notre Dame“ eingestuft, da er Stereotype von Behinderten, ethnischen Minderheiten und Frauen gleichzeitig transportiere.

Die Cancel Culture erreichte auch die deutschen Hochschulen, die ihrem Selbstverständnis nach eigentlich eine Trutzburg der freien Diskussion von Ideen sein müssten, solange diese wissenschaftlich belegt werden und sich im Rahmen gesetzlicher Vorgaben bewegen. Offensichtlich ist es aber nicht selten, dass Aktivist:innen ihre Befindlichkeiten und identitätspolitischen Positionierungen als absoluten Maßstab durchsetzen und Universitätsleitungen ängstlich zurückweichen.

Die rasche Verbreitung und einige besonders spektakuläre Fälle von Mobbing gegen Hochschullehrer veranlassten schließlich den Deutschen Hochschul-

verband (DHV) zu eindeutigen Stellungnahmen zum Schutz des Lehrpersonals. In mehreren Heften des Verbandsorgans „Forschung und Lehre“ wurde die Verengung der Debattenkultur als Schwerpunktthema sehr kritisch kommentiert (z.B. Hefte 2/2009, 4/2016, 5/2016, 6/2016, 7/2021, 10/2021). So forderte Radke (2016), dass es auch weiterhin an der Universität möglich sein müsse, provokante Themen zu diskutieren und verlangte von den Verantwortlichen mehr Standfestigkeit statt der sprichwörtlichen „Schere im Kopf“ in Form von vorseilendem Gehorsam angesichts von Gewaltandrohungen. Sonst folge eine geistige „Verzweigung“, die die Freiheit von Forschung und Lehre gefährden und den Charakter der Universität dauerhaft verändern könne.

Als Reaktion auf die Repressalien gegen Hochschullehrer bzw. die von ihnen eingeladenen „umstrittenen“ Gastdozenten gründete sich ein „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“, das am 3.02.2021 mit einer Presserklärung an die Öffentlichkeit trat. In dem Manifest (Netzwerk Wissenschaftsfreiheit, 2021) wurde eine Debattenkultur angemahnt, die auf einer argumentativen Auseinandersetzung basieren solle statt auf politisch-ideologischen Instrumentalisierungen, die schon im Vorfeld Grenzen setzten. Das Etikett „umstritten“ sei bereits der erste Schritt der Ausgrenzung, vor dem Forschende zurückschreckten. So käme es zu einem Prozess der Selbstkonformisierung an den Universitäten. Das Manifest hatte ca. 70 Erstunterzeichner und mittlerweile ca. 600 weitere Unterstützer. Dass die Zahl nicht noch höher lag, wurde von den Initiatoren damit begründet, dass sie zwar viel Zuspruch erhalten hätten, etwa drei Viertel der angesprochenen Wissenschaftler aber Sanktionen befürchteten, wenn sie ihre Bedenken öffentlich machen würden. Die Pressemeldungen und insbesondere das Feuilleton gingen dann auch mehrheitlich auf Konfrontationskurs, indem die Kritik als übertrieben oder gänzlich unberechtigt dargestellt wurde (Wiarda, 2021).

Die Gründer des Netzwerks erhielten jedoch eine Bestätigung ihrer Sorgen um die Wissenschaftsfreiheit aus dem Ausland sowie Rückenwind durch die Pläne der britischen Regierung, Maßnahmen zu ergreifen, um die Meinungsfreiheit und eine akademische Debattenkultur an den Universitäten des Landes wiederherzustellen, die sie aufgrund einer Untersuchung durch das „Center for the Study of Partisanship and Ideology (CSPI)“ an der Universität Nottingham bedroht sah. Der Deutsche Hochschulverband bat daraufhin seine 32.386 Mitglieder, zu folgender Aussage stellen zu nehmen:

„Die britische Regierung will Einschränkungen der Redefreiheit an Universitäten per Gesetz entgegentreten. Ein Aufseher im Auftrag des Bildungsministeriums soll Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor Versuchen schützen, wegen unliebsamer Äußerungen zum Schweigen gebracht zu werden. Halten Sie einen solchen Vorstoß für sinnvoll?“ (vgl. [www.hochschulverband.de/fruehere-umfragen](http://www.hochschulverband.de/fruehere-umfragen)).

Bei dieser anonym durchgeführten Umfrage stimmten 90,06% der Hochschullehrer mit „Ja“ und nur 9,94% mit „Nein“. Damit wurde klar, dass sich eine überwältigende Mehrheit durch die Cancel Culture bedroht fühlt und gleichzeitig Angst hat, dies öffentlich zu machen. Die Wirtschaftsstatistiker Walter Krämer liegt somit richtig, wenn er eine „beängstigende Feigheit“ gegenüber identitätspolitischer Willkür an den deutschen Universitäten konstatiert (Spiegel, 2021, S. 13). Die Angst vor „Totschlagsetikettierungen“ wie „rassistisch“, „homophob“, „islamophob“, „antisemitisch“ oder „frauenfeindlich“ ist den Berichten des DHV zufolge mit Anbietungen an identitätspolitische Themen verbunden, für die üppige Forschungsgelder zur Verfügung stehen:

Ein [...] Problem ist die Distanzlosigkeit, die man manchen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vorhalten muss, die ihre Forschung als Teil einer aktivistischen Bewegung oder eines politischen Ziels (miss-)verstehen“ (Deutscher Hochschulverband, 2021, S. 6). Eine solche Forschung nimmt von Idealen der Wissenschaftlichkeit Abschied, wie objektives Erkenntnisstreben und Ergebnisoffenheit (vgl. 5). Der wissenschaftliche Wahrheitsbegriff wird ersetzt durch politische Vorstellungen zur Veränderung der Welt.

Den Vogel bezüglich der Cancel-Culture im Hochschulbereich schoss wohl die Alice Salomon Hochschule in Berlin ab, die nach Protesten wegen angeblichen Sexismus ein Gedicht ihres Poetik-Preisträgers von 2011 Eugen Gomringer überstreichen ließ. Der Text in spanischer (!) Sprache lautete in Deutsche übersetzt: „Alleen/Alleen und Blumen/Blumen/Blumen und Frauen/Alleen/Alleen und Frauen/Alleen und Blumen und Frauen und/ ein Bewunderer“. Eine Studentin fühlte sich bei der Lektüre „auf das Sexuelle reduziert“ und „verletzt“. Ganz anders jedoch waren die Reaktionen auf die Präsentation des Vulva-Kalenders 2021, in dem Frauen vom feministischen Freiburger Kollektiv „Vulva-versity“ für jeden Tag eine Nahaufnahme des weiblichen Genitals im DIN-A-5-Format abbildeten. Obwohl hier nun eine „Reduktion auf das Sexuelle“ viel deutlicher ausfällt, wurde das Werk allseits als emanzipatorisch gefeiert (Stern, 2020). Nach Jahrhunderten der „Stigmatisierung“ solle endlich die „Vielfältigkeit“ gezeigt und mit „falschen Vorstellungen“ aufgeräumt werden. Produzenten pornografischer Werke, die das Internet überschwemmen, dürften diese Botschaft mit Genugtuung aufgenommen haben. Der aufklärerische Kalender war schnell vergriffen und soll 2022 in einer Neuauflage erscheinen.

## 2.4 Politische Konsequenzen

Nach nunmehr 30 Jahre mehren sich wissenschaftliche Publikationen, die den Kurswechsel politischer Parteien zur Identitätspolitik als bedenklich werten. Van Dyk (2019) stellt bedauernd fest: „Die einhellige Antwort auf die Fra-

ge ‚Linke, was hat dich bloß ruiniert?‘ lautet derzeit: die Identitätspolitik.“ (S. 25). Gemeint ist, dass durch den Fokus auf Minderheiten die Mehrheit aus dem Blick geriet und vernachlässigt wurde. Der amerikanische Politikwissenschaftler Mark Lilla (2017) gehörte zu den ersten, die eine Gefährdung des Gemeinnsinns und des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalts durch die endlose Ausdifferenzierung in Partikularinteressen diagnostizierten. Als Gegenbewegung sei ein Aufstieg des Rechtspopulismus zu beobachten. Lilla sieht einen direkten Zusammenhang mit dem Wahlsieg Donald Trumps 2016, der dann die Entwicklung zu einer gesellschaftlichen Polarisierung seinerseits auf die Spitze trieb. Aufgrund seiner Berühmtheit gelang es Fukuyama (2018) der These über den Zusammenhang von linker Identitätspolitik und Rechtspopulismus weltweit Aufmerksamkeit zu verschaffen. Fukuyama (2018) fordert ein Ende linker und rechter Identitätspolitik und plädiert dafür, integrative nationale Identitäten zu schaffen, die der gesellschaftlichen Vielfalt Rechnung tragen (vgl. 4.2). Fraser (2017) sieht die linke Identitätspolitik in der Pflicht, auf die nach rechts abgedrifteten Wähler der politischen Mitte zuzugehen. Diese hätten einen Anspruch darauf, da sie sich durch die linke Politik „verletzt“ gefühlt hätten und somit in eine ähnliche Lage wie diskriminierte Minderheiten geraten seien.

Die erlebte Bedrohung resultiert aus der Dekonstruktion des Normalitätsbegriffs. Der tradierte Normalitätsbegriff wird von Intellektuellen in Frage gestellt, da er Minderheiten ausgrenzen könne. Heitmeyer (2003) stellt einen Zusammenhang mit der von ihm postulierten „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ her. Er führt aus: „Das Bedrohliche von Normalität liegt in der Immunisierung gegenüber Selbstreflexivität sowie der hohen Bewertung von Konformität und Tradition, also typischen Wertvorstellungen der Kontinuität... Nach unseren Untersuchungen verstärken die ordnungstragenden Werte wie Tradition und Konformität die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit... Auch die zunehmend propagierte Leistungsorientierung gehört zum zentralen Normalitätsbestand dieser Gesellschaft – und auch sie kann, ähnlich wie Konformität und Tradition, solche menschenfeindlichen Einstellungen verstärken“ (S. 308). Er formuliert somit erhebliche Zumutungen an die Mehrheitsgesellschaft. Es ergibt sich die Forderung, mit dem Normalitätsbegriff und den „ordnungstragenden Werten“ zusammenhängende Qualitäten, wie z.B. Lebenszufriedenheit, Leistungsbereitschaft, Wertschätzung von Familie und Kindern sowie die Bindungskräfte der Gesellschaft opfern zu müssen, um nicht als „menschenfeindlich“ zu gelten. Natürlich kann jede Norm das Gefühl der Unangepasstheit bei denjenigen hervorrufen, die ihr nicht entsprechen. Allerdings entstehen bei einer Dekonstruktion des „Normalen“ wiederum Identitätsprobleme in der Mehrheitsgesellschaft, wie die politische Entwicklung zeigt. Der Konsens über „Normalität“ beinhaltet eine wichtige Orientierungsfunktion. Desorientierung gehört zu den



gefährlichsten Stressoren für die menschliche Psyche, indem sie verunsichernd wirkt und als existenzgefährdend erlebt wird.

Noch einen Schritt weiter gehen Decker et al. (2008), indem sie in der Mehrheitsgesellschaft „Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur“, „Chauvinismus“, „Ausländerfeindlichkeit“, „Antisemitismus“, „Sozialdarwinismus“ und „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ zuschreiben. Sie diagnostizieren in einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung finanzierten Studie einen „Extremismus der Mitte“ und sehen die Demokratie in Deutschland gefährdet. Dem widersprechen demoskopische Umfragen, wie der Deutschland-Monitor 2020 dem zufolge 91% der Deutschen im Westen und 82% im Osten generell die Demokratie befürworteten. Lediglich an der gegenwärtigen konkreten Umsetzung übten 35% bzw. 52% der Befragten Kritik (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 2020, S. 71).

Die Verachtung der als abgehoben erlebten Eliten wird, wie Manow (2019) feststellt, von diesen mit einer Verachtung für das Volk beantwortet. Aus den „sozio-ökonomisch Benachteiligten“, um die sich die 68er Revolutionäre noch bemühten (wenn auch vergeblich), wurden in der veränderten Rhetorik die „Modernisierungsverlierer“, „Abgehängten“, „Zurückgebliebenen“, „Randständigen“ und sogar das „Pack“ und der „Mob“. Fukuyama (2019) kritisiert den Snobismus der multikulturellen Eliten gegenüber denjenigen, die traditionelle soziale und kulturelle Werte vertreten: „Es gibt daher in meinen Augen ein gewisses Quantum an gerechtfertigter Empörung über diese Art von Missachtung“ (S. 17). Man glaubt, „dass nationale Identität heute untergraben wird, und zwar nicht nur von den Einwanderern, sondern auch von den Eliten, ...“ (S. 17). Man kann dies nicht alles auf ökonomische Faktoren reduzieren. Forderungen nach Erhöhung des Mindestlohns und der Hartz IV-Sätze dürften nicht reichen, auch die Identitätsfrage muss gelöst werden (Oesch, 2013 ).

Mit gemischten Reaktionen wurde von der identitätspolitischen Bewegung der Vorwurf aufgenommen, dass die Identitätspolitik und das Menschenbild des Neo-Liberalismus in vielen Punkten synchron seien (vgl. van Dyk, 2019, S. 31). Linker Internationalismus und kapitalistischer Globalismus hätten sich als anschlussfähig erwiesen („Milliärdärssozialismus“). Das von allen tradierten Identitäten und Bindungen entkleidete Individuum kommt dem Ideal beider Richtungen entgegen. Antirassismus, Weltoffenheit und Kosmopolitismus beschreiben sowohl linke egalitaristische Ziele als auch ideale Voraussetzungen für einen grenzenlosen Markt. Da die Linke kein Mittel gegen die Kapital- und Machtkonzentration bei den Reichen und unter diesen wiederum bei den Super-Reichen gefunden habe, arrangiere man sich und nehme dankbar Milliarden-Zuwendungen, die in der Bilanz der Unternehmen letztlich „peanuts“ sind, für diverse Projekte und NGO's entgegen. Pfaller (2018) sieht in der Identitätspoli-

tik das ideale kulturelle Begleitprogramm zur Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Die Beweglichkeit des Kapitals wird zum Maßstab auch für Menschen. Die einen feiern das emanzipierte Individuum, die anderen profitieren von der maximal individualisierten Konkurrenzexistenz.

Der Begriff „woke capitalism“ bezeichnet die Allianz beider Bereiche. Mit „Aufgewecktheit“ ist dabei eine erhöhte Sensibilität für identitätspolitische Belange gemeint sowie ein Feiern von „Vielfalt/Diversity“ in der Werbung und Öffentlichkeitsarbeit („virtue signaling“). Dies schließt aber nicht unbedingt eine Verbesserung von Arbeitsbedingungen und –entlohnungen oder gar das Akzeptieren gewerkschaftlicher Organisiertheit ein (wie z.B. bei Amazon oder den diversen Lieferdiensten). Douthat (2018) beschrieb erstmals genauer diese neue Art der Unternehmensführung. So huldige man dem identitätspolitischen Zeitgeist, entziehe sich dem öffentlichen Druck und könne im Gegenzug ungestört weiterhin Gewinnmaximierung betreiben.

Das „woke capital“ nutzt seine Möglichkeiten aber auch, um in die Gesellschaftspolitik in seinem Sinne einzugreifen. So entbrannte in Oakland im US-Bundesstaat Oregon eine bildungspolitische Debatte zur Frage, wie mit den erheblichen Defiziten schwarzer Kinder im Fach Mathematik pädagogisch umzugehen sei. Die Bildungsinitiative „The Educational Trust“ schlug vor, falsche Lösungen zu akzeptieren, um die Kinder nicht zu diskriminieren. Das Vermitteln des richtigen Lösungsweges sei „weiße Vorherrschaft“ („white supremacy“). Die Kritiker wiederum sahen in dieser Position eine Stigmatisierung, die Vorurteile verfestige, da die Kinder als nicht förderfähig dargestellt und demotiviert würden. Das eigentliche Ziel der Initiative sei ideologisch, nämlich den Kindern das Unterdrücker-Opfer-Schema zu vermitteln. Die „Bill and Melinda Gates Foundation“ griff in die laufende Debatte ein, indem sie die Initiative mit 1 Million Dollar unterstützte (TAG24, 2021). Offenbar entspricht die Förderung maximaler Diversität den Stiftungszielen.

Die feministische Identitätspolitik erreichte mit ihren Forderungen nach einer geschlechtergerechten Sprache („Gendern“) eine politische Dimension und bewirkte auch sprachpolitische Änderungen, die zu einer starken Polarisierung führten (vgl. 2.2). Die Befürworter betrachten Sprache als politisches Handeln. Es gehe um das Sichtbarmachen von Benachteiligten. Unter diesem Gesichtspunkt sind orthografische und grammatikalische Eingriffe in die Sprache nicht nur zugunsten von Frauen legitim, wie die Forderung, das Adjektiv „schwarz“ groß zu schreiben (Schwarze Menschen vs. weiße Menschen) belegt (AntiDiskriminierungsbüro, 2013). Unter den Kritikern sehen einige im „Gendern“ eine Verrücktheit („Gender-Gaga“: Kelle, 2015), ausgedacht von ebenso privilegierten wie unterbeschäftigten Inhaberinnen von den mehr als 200 Professuren mit der Denomination „Genderforschung“. Andere sehen weniger etwas Lustiges,

sondern befürchteten eine planmäßig durchgeführte Kulturrevolution mit dem Ziel eines gesamtgesellschaftlichen Umbaus. Daher werde auch vor Zwangsmaßnahmen nicht zurückgeschreckt.

In der Tat finden sich zunehmend Hinweise, dass die gendergerechte Ausdrucksweise verpflichtend gemacht wird, wie in der Amtssprache der Städte Hannover, Berlin, Köln oder Hamburg, bei Verkehrsbetrieben oder in der Unternehmenssprache (24 der 40 DAX-Unternehmen, davon 5 konsequent). Selbst das CSU-geführte Bundes-Innenministerium sah sich genötigt, die Straßenverkehrsordnung gendergerecht umzuschreiben, so dass zum Beispiel aus Fußgängern „Zu-Fuß-Gehende“ wurden. Auch die von vielen Universitäten herausgegebenen Empfehlungen zum Sprachgebrauch wurden von einigen Dozentinnen und auch Dozenten dahingehend verschärft, dass sie diese als obligatorisch einforderten und Zuwiderhandeln durch schlechtere Benotung von Klausuren oder anderen Prüfungsleistungen sanktionierten. Die Vorgänge an der Universität Kassel lösten diesbezüglich das lebhafteste Presseecho aus (Lohr, 2021). Dabei wäre gerade im Hochschulbereich kritische Selbstreflexion angebracht. Wie erklären sich eigentlich die Widersprüchlichkeiten bei den akademischen Graden: Während es Professorin und Doktorin heißen muss, wird gleichzeitig jungen Frauen der Titel „Junggeselle (Bachelor)“ statt Junggesellin bzw. „Herr (Master)“ statt Herrin verliehen. Sind diese Bezeichnungen nicht ohnehin politisch unkorrekt, da der Bachelor-Grad auch an verheiratete Frauen vergeben wird und der Begriff „Master“ mit Kolonialismus und Imperialismus in Verbindung gebracht werden kann?

Große öffentliche Aufmerksamkeit erhielten revolutionäre Änderungen, die die Duden-Redaktion unter Leitung von Kathrin Kunkel-Razum vornahm. Dabei wurde u.a. festgelegt, dass die Verwendung des grammatikalischen Geschlechts nur noch Personen männlichen Geschlechts bezeichne, andere Personen sowie ein Bedeutungshof also nicht mitgemeint sein könnten. „Zum Italiener essen gehen“ bedeutet dann ausschließlich, dass man zu einer männlichen Person mit italienischer Staatsbürgerschaft geht, um bei dieser eine Speise zu sich zu nehmen. Der Kritik, die sich an diesen Regelungen entzündete, wurden seitens der Duden-Redaktion zwei Argumente entgegengehalten: Zum einen, dass es sich nur um Empfehlungen handele, jeder könne nach wie vor reden oder schreiben, wie er wolle, und zum anderen, dass man nichts anderes tue, als den gesellschaftlichen Wandel und die Sprachwirklichkeit abzubilden (Erich, 2021).

Beide Argumente lassen sich nun wirklich als unzutreffend widerlegen. Zum einen ist der Duden dazu da, um Orientierung zu vermitteln. Ohne diesen Anspruch verliert er seine ursprüngliche Funktion und reiht sich in politischen Aktionismus ein. Auch die Freiwilligkeit entspricht nicht der gesellschaftlichen

Realität, indem zunehmend deutlich wird, dass den Empfehlungen Sanktionen folgen. Es erwächst die Gefahr einer Spaltung der Sprachgemeinschaft in eine einflussreiche gesellschaftliche Avantgarde, die sich arrogant über einen eigenen Code definiert, und dem in ihren Augen zurückgebliebenen und bevormundeten Volk (vgl. Hübl, 2019). Es handelt sich nachweisbar nicht um einen sozialen Wandel, sondern um ein Elitenprojekt mit Zwangscharakter. Die Duden-Redaktion sowie die Medien, die das Gendern forcieren, handeln nicht aus einer Position der Ohnmacht, sondern der Macht und Arroganz. So ließ es sich das ZDF nicht nehmen, selbst die bärtigen Kämpfer der Taliban, die auf Kabul vorrückten, zu gendern, indem von „Islamist\*innen“ gesprochen wurde („heute“-Sendung am 10.08.2021). Alle Umfragen belegen, dass der Rückhalt in der Bevölkerung fehlt. Zwar schwanken die Werte je nach Formulierung der Fragen, vorbehaltlose Unterstützung gibt es jedoch stets nur bei einer Minderheit (ca. 14 % bei einer Umfrage des Instituts YouGov, vgl. Spiegel, 2021, S. 11), während sich eine gesellschaftliche Mehrheit von gut 60% dagegen ausspricht. Dazwischen befinden sich abwägende Positionierungen in dem Sinne, dass zwar das Grundanliegen richtig sei, aber übertrieben werde.

Als Spitzenreiter im öffentlichen Interesse erwiesen sich kontroverse Debatten innerhalb politisch links ausgerichteter Parteien über die Identitätspolitik. Großen Widerhall fand ein Artikel des früheren Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse (2021). Er brachte darin seinen Unmut über die Identitätspolitik mit folgenden Worten zum Ausdruck: „Wurde Zugehörigkeit früher über Konfession und später über Ideologie signalisiert, so hat diese Funktion heute der Begriff Identität übernommen. Das ruft zugleich in Erinnerung, dass ‚Konfession‘ und Ideologie in der Vergangenheit immer wieder zu heftigen, gar blutigen Konflikten geführt haben. Sollte sich Geschichte etwa unter anderem Leitbegriff wiederholen?“ Er geht mit der Cancel Culture hart ins Gericht und kritisiert die „neuen Bilderstürmer“ im öffentlichen Raum: „Die subjektive Betroffenheit zählt dabei mehr als der genaue Blick auf die Bedeutungsgeschichte eines Namens, eines Denkmals, einer Person, wie die Beispiele Mohrenstraße und Onkel Toms Hütte in Berlin zeigen. [...] Die Reinigung und Liquidation von Geschichte war bisher Sache von Diktatoren, autoritären Regimen, religiös-weltanschaulichen Fanatikern. Das darf nicht Sache von Demokratien werden!“

Das Buch von Sahra Wagenknecht (2021a) sorgte wiederum für einen heftigen Schlagabtausch innerhalb der Partei „Die Linke“. Sie bemängelte, dass in der identitätspolitischen Debatte eine sich links gebende Schickieria am Werk sei, die jenseits aller Weltoffenheits-Rhetorik und allem kosmopolitischen Gehabes ihre Privilegien zu schützen und sich abzuschotten wisse. Diese „Lifestyle-Linke“ habe den Kontakt zu den Sorgen der normalen Bevölkerung verloren und ergehe sich in abgehobenen Diskursen; sie gehöre längst zum herrschenden Es-

tablishment. Die Linke habe die Seiten gewechselt – von den Unterprivilegierten zu den Privilegierten.

Die große Mehrheit der Bevölkerung vertrete keine rechten Positionen, vielmehr klassifiziere die Lifestyle-Linke alles als „rechts“, was nicht ihre Meinung teilt. Sie greife zu einem „Taschenspieler-Trick“ (Wagenknecht, 2021b), indem sie einen rechten Zeitgeist hervorzaubere, den sie dann bekämpfen und Konformität mit ihren Positionen einfordern könne. Die Menschen spürten, dass gar nicht die Rechtsradikalen gemeint seien, sondern dass sie selbst unter Druck gesetzt werden sollen. Dagegen rebellierten sie, nicht gegen die Demokratie.

Mit einer gewissen Panik wurde Wagenknechts (und auch Thierses) Plädoyer für den Nationalstaat registriert, einem deutschen Tabu-Thema. Ihr Motiv war jedoch nicht Rückfall in den Nationalismus, sondern die schlichte Erkenntnis, dass bislang nur diese Staatsform darin funktioniert hat, für Solidarität und Umverteilung zu sorgen und Zusammengehörigkeitsgefühl zu vermitteln (vgl. 4.2).

Von grundlegender Bedeutung ist die Frage: Für wen sprechen die Propagandisten identitätspolitischer Positionen eigentlich, durch wen wurden sie demokratisch legitimiert? Nicht alle intellektuelle Frauen wollen durch den Feminismus vertreten werden (Bischof-Köhler, 2006). Schwarze Frauen definieren sich primär als schwarz, sekundär als Frau (Kastner & Susemichel, 2019). Man weiß oft nicht, ob die Einstellungen zwischen den Geschlechtern wirklich größer sind als die innerhalb eines Geschlechts. Die Debatte spiegelt auch einen Konflikt zwischen gegensätzlichen Frauenidentitäten wider. Viele Gegenpositionen gegen das Gendern werden explizit von Autorinnen vertreten, die dadurch zum feministischen Feindbild werden: „Auch Frauen können weiße Männer sein, immer dann nämlich, wenn sie nicht mitmarschieren wollen [...] (Kelle, 2020, S. 8). Die prominente Autorin und Moderatorin Elke Heidenreich äußerte in einem Interview, dass Gendern „verlogen“ sei und die „Sprache verhunze“ (Kölner Stadt-Anzeiger, 2021). Die Journalistin Dörte Stein resümierte in der taz vom 3. Juli 2021, dass die Idee, mit dem Genderstern eine diskriminierungsfreie Gesellschaft zu erzwingen, gescheitert sei. In Meinungsumfragen lehnt keineswegs nur die große Mehrzahl der Männer, sondern auch der Frauen das „Gendern“ ab. Selbst bei jungen Frauen der Altersgruppe 16 bis 29 Jahre bleiben die Befürworterinnen trotz leicht erhöhter Werte deutlich in der Minderheit (Meinungsbarometer des mdr vom 22.7.2021).

Auch innerhalb der LBGTIQ-Szene stehen sich unvereinbare identitätspolitische Positionen gegenüber. So gibt es einen erbitterten Streit zwischen der Transgender-Bewegung und Feministinnen in Großbritannien über die Frage, ob ein Mann, der sich als Frau definiert, auch dann als Frau zu gelten habe (u.a. mit Zugang zu Damen-Toiletten, Umkleidekabinen und Duschräumen), wenn er keinerlei Maßnahmen zur biologischen Geschlechtsanpassung unternimmt. Die

Kontrahenten beschimpfen sich als „transphob“ einerseits und „Vergewaltiger“ andererseits (vgl. Lotter, 2021). An der Universität Sussex „siegten“ die Transgender-Aktivist\*innen, indem sie auf brutale Weise die feministische Philosophie-Professorin Kathleen Stock aus dem Amt mobbten, nachdem diese gesagt hatte, dass der biologische Geschlechtsunterschied „real“ sei (und nicht bloß sozial konstruiert).

Noch unübersichtlicher gestaltet sich die Repräsentation der verschiedenen Migrantengruppen, die die Identitätspolitik als Opfergruppe versteht. So haben z.B. nach Angaben der Kölner Statistischen Nachrichten (2021) 40% der Einwohner einen Migrationshintergrund. Dabei kamen die Zuwanderer jedoch aus 180 verschiedenen Nationen, die sich untereinander stärker unterscheiden als viele Gruppen im Vergleich mit der autochthonen deutschen Bevölkerung. Fast die Hälfte der Zuwanderer wird in der Statistik in der Rubrik „übrige Länder“ zusammengefasst, die nicht einzeln aufgeführt werden. Dadurch sinkt der relative Anteil der starken Gruppen (in Köln der Türken), die bisher die größte Aufmerksamkeit genossen, aber die Belange der Migranten nicht mehr angemessen repräsentieren können. Dazu passt, dass in der von der Bundesregierung einberufenen Islamkonferenz nicht einmal 10% der Muslime in Deutschland vertreten waren. Hinzu kommt, dass nicht alle Gruppen überhaupt kommunikationsbereit sind, sondern eine abgeschottete Parallelgesellschaft bevorzugen (vgl. 3.1 u. 5).

In ähnlicher Weise gibt es ein Legitimationsproblem beim antirassistischen Aktionismus. Welche Gruppen dürfen welche Maßnahmen in wessen Namen vertreten und gegen das Mehrheitsprinzip durchsetzen? Es werden im Rahmen der Kolonialismus-Debatte weitgehende Forderungen erhoben. Diese betreffen den Abriss von Baudenkmalen oder allerlei Umbenennungen, die meistens auf Widerstand in der Bevölkerung treffen, wie z.B. Dresdner Kunstsammlungen, die berühmt gewordene Berliner Mohrenstraße, zahlreiche Mohren-Apotheken oder sogar die Mohrenlerche (in nunmehr Schwarzsteppenlerche, was vielleicht auch problematisiert werden kann). Dagegen hielt der nigerianische Koch Andrew Onueghbu dem Druck stand, sein Restaurant „Zum Mohrenkopf“ in Kiel umzubenennen, nachdem er in historischen Quellen ermittelt hatte, dass dieser Begriff eine besondere Expertise ausdrückt und somit positiv besetzt ist (Onueghbu, 2020; vgl. auch den Beitrag von Kaupp in diesem Band). Die Einwohner der namibischen Stadt Lüderitz entschieden sich in einer Abstimmung mit großer Mehrheit dafür, den Namen ihres Gründers beizubehalten, während in Deutschland Lüderitzstraßen umbenannt werden.

Verworren sind die ethnischen und ideologischen Fronten auch bezüglich der radikalen Thesen der „Critical Race Theory (CRT)“. Sie lässt sich auf nicht-weiße Gründungsgestalten zurückführen (vgl. Crenshaw et al., 1995; Delgado & Stefancic, 2017), wird aber längst nicht von allen People of Color unterstützt.

Zunehmend spielen dagegen weiße Intellektuelle und weiße Sponsoren eine dominante Rolle, so dass sich statt einer Schwarz-Weiß-Trennung ein Kulturkampf innerhalb der weißen Gesellschaft abzeichnet (z.B. DiAngelo, 2021). An den amerikanischen Universitäten profilieren sich zu diesem Thema vor allem Anhänger von Herbert Marcuse und andere neo-marxistische Intellektuelle, die die Minderheiten als revolutionäre Masse betrachten. In ähnlicher Weise hatte bereits Tibi (1998) den westdeutschen Intellektuellen vorgeworfen, die Migranten als „Ersatzproletariat“ für ihre systemverändernden Strategien zu missbrauchen.

Zu den Kernaussagen der CRT gehört die Forderung, dass es nicht ausreicht, nicht rassistisch zu sein, sondern explizit anti-rassistisch. Der zu bekämpfende Rassismus wird ausschließlich bei den Weißen verortet, was zu einem umgekehrten Rassismus führt, indem Weiße negativ stereotypisiert, People of Color dagegen aufgewertet, als die besseren Menschen und als „rein“ verstanden werden (vgl. jedoch 3.2). Ein deutscher Ableger der CRT nennt sich Migrantifa und kopiert das amerikanische Vorbild getreu, so dass er u.a. den Schlachtruf „Defund the police“ übernommen hat. Man grenzt sich zur bereits bestehenden linksextremistischen Antifa dadurch ab, dass man diese als zu weiß und zu akademisch (statt durch das „Ghetto“) geprägt ansieht.

Nach Weiß (2018) sind die Ansätze der CRT nahezu identisch mit den völkischen Konzepten der extremen Rechten. Auch Ahnennachweise werden wieder bedeutungsvoll. So ergab eine repräsentative Umfrage, dass 34% der weißen amerikanischen Studierenden falsche Angaben über ihren ethnischen Hintergrund („race“) gemacht und sich so einer Minderheit zugerechnet hatten, um ihre Chancen für finanzielle Unterstützungen und die Zulassung zum College zu erhöhen. Drei Viertel von Ihnen hatten damit Erfolg (Takeaways, 2021). Die Stereotype, die sich an der Hautfarbe festmachen, werden mit dem pauschalisierenden Begriff „strukturell“ umschrieben. Daraus leitet sich ein Generalverdacht ab, der es rechtfertigt, Weiße einem Umerziehungsprogramm zu unterwerfen, während irgendeine Form des Generalverdachts gegenüber Nicht-Weißen strikt tabu ist.

In Deutschland sehen sich die antirassistischen Erziehungsprogramme auf dieser theoretischen Basis in einer Reihe mit der „reeducation“ der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg und der Holocaust Education (vgl. 4.3). Judith Sevinj Basad (2021a) kritisiert an Beispielen aus den Diversity-Workshops, wie sie in Schulen sowie bei der Polizei und Bundeswehr durchgeführt werden, dass Teilnehmer schikaniert, gedemütigt und verängstigt werden, um sie für Rassismus zu „sensibilisieren“. Das Ziel ist letztlich, dass sie Schuld- und Schamgefühle wegen ihrer weißen Hautfarbe empfinden sollen (Basad, 2021b). Empathieverweigerung für Deutsche ist Teil der Ideologie (vgl. 3.2 u. 5). Der Marokkaner mit deutschem Pass Mohamed Amjahid (2021) findet nur Spott und Verachtung

für deutschen Leidensdruck („Tränenwasserschwimmen“) und plädiert für eine „rassische“ Trennung zwischen Weißen und Nicht-Weißen. Letztere dürften in Räume von Nicht-Weißen wie Bars, Vereine und Freundeskreise nicht eintreten. Freundschaften mit Weißen lehnt er ab.

El-Mafaalani (2019) fordert demgegenüber die Minderheiten auf, an einer Stabilisierung und nicht an einer Destabilisierung der liberalen Gesellschaft interessiert zu sein. Die Paradoxie bestehe darin, dass die Zunahme von Konflikten durchaus Anzeichen einer Verbesserung der Verhältnisse und eines gelingenden Emanzipationsprozesses sein könne. Die regelmäßig durchgeführten World Values-Studies lassen erkennen, dass die westlichen Gesellschaften im globalen Vergleich ein hohes Maß an Freiheitsrechten für alle garantieren. Erst dadurch werden Ansprüche auf Teilhabe möglich, die gefahrlos formuliert werden können. Unter ungünstigeren gesellschaftlichen Voraussetzungen, wie sie weltweit auf dem Vormarsch sind, werden diese Prozesse unterdrückt.

Es dürfte somit im Interesse der liberalen Gesellschaft insgesamt liegen, den unverkennbar zentrifugalen Tendenzen, den nachlassenden kollektiven Bindungskräften und der Gefahr eines zunehmenden Tribalismus etwas entgegen zu setzen. Im Folgenden soll es darum gehen, auf welches Potential im menschlichen Verhaltensrepertoire man sich dabei stützen kann.

### **3. Was führt Menschen zueinander?**

#### **3.1 Kommunikation, Kooperation und Kompetition**

Kommunikation beinhaltet einen Informationsaustausch und bildet somit die grundlegendste Voraussetzung für die Verständigung zwischen Individuen und das Funktionieren von Gruppen. Kooperation ist definiert als die Koordination von Tätigkeiten zur Erreichung eines gemeinsamen Ziels. Das Prinzip des Wettbewerbs garantiert, dass nach optimalen Lösungen gesucht wird. Für den Menschen als soziales Wesen sind diese Merkmale unverzichtbare Grundlagen seiner Geschichte. Genau genommen sind die Prinzipien evolutionär noch viel tiefer verankert. Ohne sie wäre die Entstehung des Lebens undenkbar. Manfred Eigen konnte dies durch sein Modell des selbstreproduzierenden katalytischen Hyperzyklus erklären, in dem auf molekularer Ebene Kooperation und Kompetition zusammenwirken (Eigen & Schuster, 1979). Die Wechselwirkung beider Aspekte bedingt auf höheren Entwicklungsstufen die Funktionsweise von komplexen Ökosystemen.

In der Phylogenese des Menschen hat sich das Zusammenspiel von Kooperation und Kompetition als entscheidendes Erfolgsprinzip im Überlebenskampf erwiesen. Der Mensch als „Mängelwesen“ (Gehlen, 1950/2016) war darauf an-



gewiesen, sich in funktionierenden Gruppen zusammen zu schließen. Einen entscheidenden Impuls für die Perfektionierung der Kooperation vermittelte das Jagen von Großwild. Dies erforderte neben kognitiven Neuerwerbungen, wie das Herstellen von Jagdinstrumenten und Fertigkeiten bei der Aufbereitung der Nahrung, vor allem die Entwicklung sozialer Kompetenzen. Verschiedene Individuen mussten zusammenwirken und sich verständigen. Man musste lernen, Motive der Selbstdurchsetzung zurückzustellen und sich mit einem gemeinsamen Ziel zu identifizieren. Dieser Lernprozess wiederholt sich ontogenetisch in der individuellen Entwicklung des Menschen.

### **3.2 Empathie, Perspektivenübernahme und Altruismus**

Empathie beinhaltet, Gefühlsregungen anderer Menschen nachvollziehen zu können. Sie basiert auf dem phylogenetisch alten Mechanismus der Gefühlsansteckung. Bereits Neugeborene fangen an zu weinen, wenn sie andere Säuglinge schreien hören. Diese frühe Form der empathischen Reaktion beruht darauf, dass es noch keine Differenzierung zwischen dem Selbst und dem Anderen gibt. Erst durch die weitere kognitive Entwicklung des Kindes entsteht ein Verständnis dafür, dass es einerseits das Gefühl des Anderen gibt und andererseits das eigene mitempfundene Gefühl. Es verbessern sich zunehmend die Fähigkeiten, die innere Welt des anderen zu verstehen und dessen Perspektive einzunehmen (Schmidt-Denter, 2005).

Damit wird eine motivationale Basis gelegt, anderen Menschen in Notsituationen zu helfen. Ein solches prosoziales Verhalten unterscheidet sich vom kooperativen dadurch, dass es nicht auf gegenseitigem Nutzen beruht, sondern asymmetrisch ist. Altruismus ist prototypisch für prosoziales Verhalten in diesem Sinne. Man versteht unter diesem Begriff selbstloses Handeln zugunsten eines anderen Menschen, das ohne die Erwartung sozialer oder materieller Vorteile erfolgt, manchmal sogar hohe eigene Kosten mit sich bringt.

Auf diesem Potential beruhen viele Hoffnungen auf eine Verbesserung der Menschheit. Hier sollte man offenbar ansetzen, um Feindschaft, Hass und Gewalt zu überwinden. Tatsächlich lässt sich empirisch bestätigen, dass die Fähigkeit zum Mitleid als evolutionär verankerter Gegenspieler der Aggression wirkt. Die Forschungslage weist aber dennoch auf komplexe Zusammenhänge hin, die einem linearen Denkmodell widersprechen. So wird z.B. bereitwilliger geholfen, wenn es sich um eine vertraute Person handelt, und deutlich seltener, wenn der Eindruck entsteht, der Betroffene habe seine missliche Situation selbst zu verantworten (Schmidt-Denter, 1994).

Als stabiles Muster erwies sich der reziproke Altruismus, der typisch für auf Dauer angelegte Bindungssysteme ist. Es wird zwar ohne Gegenleistung gehol-

fen, aber doch in der Erwartung, in einer potentiellen zukünftigen eigenen Not-situation ebenfalls mit Unterstützung rechnen zu können. Die Reziprozität des Handelns wird somit zeitlich verschoben, was dann Sinn macht, wenn man damit rechnen kann, dass man mit dem Hilfsbedürftigen auch in Zukunft zu tun haben wird. Es ist somit ratsam, so zu handeln, wie man selbst gerne behandelt werden möchte. Der Austausch von Geben und Nehmen ist nicht gleichzeitig und gleichgewichtig, sondern zeitverschoben und komplex. Somit profitieren von dem Humanpotential der Empathie und des Altruismus bevorzugt stabile soziale und ökonomische Beziehungen, die dadurch opportunistischen Beziehungen funktional überlegen sind. Hierin begründet sich die Basis der menschlichen Solidarität und des Wir-Gefühls als Überlebensstrategie.

Die Vorstellung von Empathie und Hass als Gegenspieler im menschlichen Verhaltensrepertoire darf nicht zu einem vereinfachten Denkmodell verleiten, als handele es sich um zwei abgrenzbare feindliche Heerlager, die den Kampf Gut gegen Böse ausfechten, wie es sich in der menschlichen Phantasie oder in der Literatur oder unzähligen Werken der Filmindustrie niederschlägt. Dort wird eher das Bedürfnis nach Archetypen befriedigt als die Realität dargestellt. Beide Potentiale sind vielmehr eng miteinander verwoben. Nahezu jeder Mensch ist zu beidem fähig und es ist schwer vorherzusagen, was in welchem Mischungsverhältnis in Abhängigkeit von situativen und individuellen Faktoren die Oberhand gewinnt.

In seinem berühmten „Stanford Prison Experiment“ teilte Zimbardo (2008) unauffällige Durchschnittsbürger nach dem Zufallsprinzip in zwei Gruppen ein, die in einem Pseudo-Gefängnis die Rollen der allmächtigen „Wärter“ und der ohnmächtigen „Gefangenen“ übernahmen. Es entwickelten sich in so erschreckender Weise Täter-Opfer-Beziehungen, dass das Experiment nach sechs Tagen abgebrochen werden musste.

Die Pionierarbeit von London (1970) über Menschen, die während der Nazi-Zeit unter Einsatz ihres Lebens Juden vor der Deportation in ein Konzentrationslager retteten, ergab überraschend, dass sich kein klarer „Helfertyp“ ermitteln ließ. Es fanden sich religiös Motivierte und Atheisten, schlichte Gemüter und Privilegierte in einflussreichen Positionen, Frauen und Männer, Junge und Alte.

Dieses für das wissenschaftliche Ordnungsbedürfnis unbefriedigende Bild bestätigt Rusesabagina (2006), indem er für seinen Erfahrungsbericht über den Völkermord in Ruanda im Jahre 1994 den Titel „Ein gewöhnlicher Mensch“ wählte. Der „Oskar Schindler“ Ostafrikas rettete 1268 verfolgte Tutsis vor dem sicheren Tod und stand dabei mehrmals selbst am Rande des Grabes. Ebenso wie er sich selbst nicht als besonderen Heldentyp versteht, so charakterisiert er auch die Täter bei den Massenmorden als eigentlich unauffällige Durchschnitts-

menschen, die nicht in das Schema eines Verbrechertyps passen. So blickte er eines Morgens aus seinem Haus und sah eine veränderte Welt. Er konnte seine friedlichen Nachbarn kaum wiedererkennen. Sie trugen Macheten, von denen das Blut tropfte, und waren bereit zu töten.

„Eine halbe Million Menschenleben in hundert Tagen ausgelöscht. Das entspricht 5000 Leben pro Tag. Rund vier Leben in jeder Minute. ... Und die Art und Weise, wie sie starben ... ein unerträglicher Gedanke. Viele gingen langsam an ihren Schnittwunden zugrunde, sahen zu, wie ihr Blut Pfützen im Staub bildete, erblickten vielleicht ihre abgetrennten Gliedmaßen und hatten häufig die Schreie ihrer Eltern oder Kinder, ihrer Männer oder Frauen im Ohr. Ihre Leichen wurden wie Müll fortgeworfen, verfaulten in der Sonne oder wurden von Bulldozern in Massengräber geschoben, ... Es war vielleicht nicht der größte Völkermord in der Geschichte der Menschheit, aber sicherlich der schnellste und effektivste“ (S. 11).

„Das war die gleiche Willkür, die wir 1959 während der Hutu-Revolution erlebt hatten, nur waren die Opfer von gestern die Plünderer von heute“ (S. 204). Das Geschehen wiederholte sich, nur dass sich die Ethnizität der Täter geändert hatte. „Wir haben die Tänzer ausgetauscht, die Musik ist gleich geblieben“ (S. 243). „Ich glaube, das war das wirksamste Argument der Bewegung. Tief in uns allen lebt die Bereitschaft, ja der Wunsch, uns in der Rolle der Opfer zu sehen. Es gibt kein Anliegen auf der Welt, welches das Recht so eindeutig auf seiner Seite hat ...“ (S. 87).

Sapolsky (2019) verarbeitete in seinem voluminösen Werk über „Gewalt und Mitgefühl“ zahlreiche Forschungsbefunde und kam letztlich doch zu den gleichen Schlussfolgerungen, wie sie auch das ruandische Fallbeispiel lehrt. Menschen haben das Potential zu beidem: zu furchtbarer Gewalt, aber auch zu Empathie und mutigen Hilfeleistungen. Zudem liegt beides in rätselhafter Weise dicht beieinander und kann leicht von einem ins andere umschlagen. Nach Sapolsky (2019) bedarf es eines interdisziplinären Ansatzes, um diese Widersprüchlichkeiten zu erklären. Eindimensionale Modelle, wie sie bei vielen Sozialwissenschaftlern und in der Identitätspolitik üblich sind, lehnt er als unzulänglich ab (vgl. 2).

Liebe und Hass mögen moralistisch betrachtet wie Antipoden erscheinen, evolutionär gesehen hängen sie jedoch eng zusammen, sind wie zwei Seiten einer Medaille. Beide bilden notwendige Bestandteile des menschlichen Verhaltensrepertoires, ohne die unsere Spezies den Kampf ums Überleben nicht hätte meistern können. Die Herausforderung bestand eher darin, wann welches Verhaltenspotential adaptiv einzusetzen ist. Auch der moderne Mensch steht keineswegs vor eindeutigen gesellschaftlichen Normen, die ausschließlich Mitgefühl fordern und Gewalt konsequent ächten. Es geht auch für ihn eher darum, in

Abhängigkeit vom Kontext aus beiden Potentialen angemessene und sozial akzeptierte Verhaltensreaktionen zu formen.

So wichtig Empathie, Perspektivenübernahme und Altruismus als prosoziale Werte auch erscheinen, so sind sie dennoch Teil der menschlichen Widersprüchlichkeiten und Unzulänglichkeiten. Sogar Maßnahmen zur Stärkung des Empathievermögens können kontraproduktiv ausfallen, indem nur die Eigengruppe davon profitiert und Fremdgruppen vermehrt abgelehnt werden. Die Unterscheidung von „Wir“ und „Sie“ wird nicht zwangsläufig überwunden, wie das Phänomen der „geteilten Empathie“ zeigt, die nur der Eigengruppe gilt und mit Hass und Empathie-Verweigerung gegenüber der Fremdgruppe kombiniert sein kann (vgl. 5). Auch die eigene Opfererfahrung führt nicht unbedingt dazu, gegenüber anderen Opfern empathisch zu sein, sofern sie nicht der eigenen Opfergruppe angehören. Am destruktivsten dürfte sich die Einfühlung in vergangene Opfererfahrungen auswirken, die zu anscheinend gerechtfertigtem Hass in der Gegenwart legitimiert, was als einer der Grundpfeiler der Identitätspolitik angesehen werden kann. Die Opfer von gestern können die Täter von heute sein.

### **3.3 Bindung**

Bindung gehört zu den stärksten Kräften, die zwischenmenschlichen Zusammenhalt fördern. Ihre zentrale psychische Funktion ist die Vermittlung von innerer Sicherheit und Urvertrauen. Bereits der Säugling verfügt über ein phylogenetisch gewachsenes Verhaltensrepertoire, um Bindung zu seinen Bezugspersonen aufzubauen. Eine sichere Bindung stellt wiederum die Voraussetzung für die Entwicklung weiterer positiv gestalteter sozialer Beziehungen im Laufe des Lebens dar (Schmidt-Denter, 2005, S. 12 ff.).

In einem wichtigen Punkt unterscheidet sich die sichere Bindung von Angst-Bindung oder Abhängigkeit, die man mit einer Kette vergleichen könnte. Die sichere Bindung ermöglicht die psychische Souveränität, um sich der Welt und anderen Menschen öffnen zu können. Sie unterstützt das Explorationssystem. Es bewahrheitet sich hier das bekannte Sprichwort: „Man soll seinen Kindern Wurzeln und Flügel geben“. Diese scheinbare Paradoxie ist eine psychische Realität: Ohne eine Bodenstation gibt es kein Fliegen und ohne ein Basislager gibt es keine Gipfelbesteigung.

Sicherheit und Urvertrauen gehören ontogenetisch betrachtet zu den grundlegenden Determinanten für die Entwicklung einer sicheren Identität (vgl. 1.1). Sichere Bindung und sichere Identität haben eine Pufferfunktion, sie erhöhen die Resilienz gegenüber Stress, psychischer Labilität und Krankheiten. Sie sind somit unter salutogenetischem Gesichtspunkt bedeutsam für die personale Identität und für die soziale Identität unter dem Gesichtspunkt einer auf Offenheit

angelegten Gesellschaft. Für Erikson (1950/99) können die Ideale einer weltweiten Brüderlichkeit nur aus einer gesicherten sozialen Identität hervorgehen. Xenophobie entstehe durch die Verunsicherung von Identität. Die sichere Identität befreie von „Hass auf Andersartiges“ (Marsal, 2004, S. 85). Xenophobie tritt dementsprechend häufig in individuellen, sozialen oder historischen Unsicherheitsphasen auf. Das Erziehungsziel sollte der Aufbau einer sicheren Identität sein, die Kraft aus der Geschichte schöpft und diese mit der Zukunft verbindet. Als Erziehungsmaxime sollte gelten, dass das Lebensprinzip des Vertrauens nicht verletzt werden darf (vgl. 4.2 u. 4.3).

Bindungssysteme sind nicht - wie etwa eine Prägung – irreversibel festgelegt, sondern auf Veränderung und Erweiterung angelegt. Die soziale Identitätsentwicklung verläuft vom Nahbereich hin zu umfassenderen sozialen Einheiten (Schmidt-Denter & Spangler, 2005). Sie geht also in Richtung zunehmender Komplexität, so wie konzentrische Kreise immer größere Bereiche umfassen. Dabei bleiben jedoch die Bindung und die Verantwortung des Menschen für sein soziales Umfeld umso stärker je näher ihm die sozialen Bezugspersonen stehen.

Logischerweise müsste die höchste Stufe der Entwicklung die Verbundenheit mit der ganzen Menschheit einschließen. Damit wäre die reife Form der Entwicklung der sozialen Identität erreicht, was auch höchst wünschenswert wäre. Die empirischen Daten von Schmidt-Denter (2011) zeigen jedoch, dass dieses Niveau eines Weltbürgertums auf nur sehr wenige Menschen zutrifft. Vielmehr geht die in Befragungen angegebene Zustimmung zur „Identifikation mit der ganzen Menschheit“ mehrheitlich mit einer Abwertung der näher gelegenen sozialen Systeme einher, was man mit der Formel „Fernsten- statt Nächstenliebe“ beschreiben kann. Es kommt somit ein kompensierender Mechanismus zum Ausdruck, eine Bevorzugung abstrakter Prinzipien gegenüber konkreten Verpflichtungen in den Lebensformen, in die das Individuum eingebettet ist. Die „ganze Menschheit“ kann somit als abstrakter Zufluchtsort für verunsicherte Identitäten dienen, die Probleme mit der Eigengruppe haben (vgl. 4.3 u. 5).

#### **4. Was hält Gesellschaften zusammen?**

##### **4.1 Verwandtschaft und Pseudo-Verwandtschaft**

Zunächst muss man der Menschheit ein Kompliment machen. Sie hat es im Laufe der Phylogenese geschafft, in Gruppen zusammen zu leben, deren Mitglieder füreinander anonym sind (Moffett, 2019). Unsere tierischen Verwandten – wie z.B. an Schimpansen untersucht - akzeptieren dagegen nur ein Kriterium: die individuelle Bekanntschaft der Gruppenmitglieder, die in der Regel gemeinsame Gene teilen. Die Gruppen können daher eine bestimmte Größe nicht überschrei-

ten, die abhängig von der Speicherkapazität des Gedächtnisses ist.

Homo sapiens hat dagegen den Entwicklungssprung geschafft, in Großgruppen zusammen zu leben mit Individuen, die einander unbekannt sind und die sich dennoch als Gruppenmitglieder akzeptieren. Ohne diesen Entwicklungsgewinn wären heutige durch Anonymität gekennzeichnete Gesellschaften undenkbar. „Die Fähigkeit, sich inmitten unbekannter Mitglieder der eigenen Gesellschaft wohl und sicher zu fühlen, verschaffte den Menschen von Anfang an einen Vorteil und machte Nationen überhaupt erst möglich“ (Moffett, 2019, S. 20). Daraus ergibt sich die Frage: Woran erkennen sich die Gruppenmitglieder, und wie ziehen sie gleichzeitig die Trennungslinie zwischen dem „Wir“ und den „Anderen“? Welches sind die Kriterien für die Zugehörigkeit einerseits und für die Exklusion andererseits?

Die Marker, die Zugehörigkeit signalisieren, sind vielschichtig und lassen sich verschiedenen evolutionären Entwicklungsstufen zuordnen. Die ältesten Marker sind olfaktorisch, sie spielen sowohl bei Ameisen als auch bei Säugetieren eine Rolle und signalisieren genetische Verwandtschaft. Auf den höheren Entwicklungsstufen gibt es Marker, die sich von der direkten Verwandtschaft abgelöst haben. Sie betreffen physische Ähnlichkeit und Sprache ebenso wie alltägliche Verhaltensgewohnheiten und soziale Normen. Das Ziel dieser Marker ist es, Verwandtschaft zu simulieren: „Wir behandeln Menschen wie Verwandte, wenn sie uns das *Gefühl* vermitteln, Verwandte zu sein“ (Sapolsky, 2019, S. 479). Man spricht in diesem Fall von Pseudo-Verwandtschaft.

Hinsichtlich aller Merkmale akzeptieren Gesellschaften in unterschiedlichem Maße eine gewisse Variabilität. Ist jedoch ein kritischer Wert erreicht, nehmen innergesellschaftlicher Stress und Verunsicherung zu, das Wir-Gefühl verblasst und die Gefahr der Spaltung nimmt zu. Zur Bestimmung des „kritischen Wertes“ gibt es keine Formel; diese könnte auch nicht jeden einzelnen Marker für sich betreffen, da sie sich bis zu einem gewissen Grad gegenseitig kompensieren können. Es kommt auf die relative Gewichtung von Risiko- und Schutzfaktoren an sowie auf die Vulnerabilität von Individuen bzw. Gruppen: Wieviel Fremdheit ist möglich – wieviel Vertrautheit ist nötig? Das entscheidende Kriterium ist daher ein ganzheitliches: ob es gelingt, eine gemeinsame kollektive Identität zu entwickeln. Dies ist der Kitt, der Anonymität überwindet und etwas zunächst Bedrohliches durch Vertrauen überformt.

In diesem Sinne ist die Konstruktion der Nation eine sehr erfolgreiche. Es gelang ihr, den Tribalismus zu überwinden und sich gleichzeitig als eine Art Großfamilie zu inszenieren, obwohl die Mitglieder gar nicht miteinander verwandt sind. So konnten archaische Bedürfnisse des Menschen mit aufgeklärter Modernität verbunden werden, was dem Gemeinwesen eine hohe Stabilität verleiht.

Nationen sind nicht das Ende der Geschichte, aber sie können nur durch etwas

ersetzt oder - besser gesagt organisch weiterentwickelt - werden, das ihre Funktionen erfüllt und sich ebenso an einem ganzheitlichen Menschenbild orientiert. Zudem sind Nationen trotz aller Globalisierungs- und Europäisierungsprozesse nach wie vor die entscheidenden Akteure, um (auch globale) Probleme zu lösen und Bindungskräfte zu aktivieren. Es führt somit (speziell für die verunsicherten Deutschen) kein Weg an einer Klärung der eigenen nationalen Identität und deren Anpassung an die Herausforderungen der Gegenwart vorbei.

#### **4.2 Nationale Identität und Patriotismus**

Die nationale Identität einer Person kann als Teil der sozialen Identität aufgefasst werden, die aus der Zugehörigkeit zu einer speziellen Gruppe, der Nation, resultiert. Sie ist ein relativ neutraler Sammelbegriff für alle auf die Nation bezogenen Einstellungen und Affekte. Der Patriotismus begründet sich auf einer bejahenden Einstellung zur Nation, die eine subjektive Identifikation voraussetzt. Er kann psychologisch als Erweiterung des Bindungskonzepts angesehen werden. Nach Feshbach (1991) liegen der Bindung an frühe Bezugspersonen und der späteren Bindung an größere Kollektive dieselben Mechanismen zugrunde. Winnicott (1965) sieht einen funktionalen Zusammenhang darin, dass die Nation ähnlich wie die Eltern Gefühle der Sicherheit, Vertrautheit und Anerkennung vermittelt.

Die psychologisch-empirische Forschung hat sich schwerpunktmäßig mit der faktoriellen Gliederung des Konzepts und der Abgrenzung zum Nationalismus befasst. So unterschieden Adorno et al. (1950) zwischen einem genuinen Patriotismus (Liebe gegenüber dem Land und Bindung an nationale Werte) und dem Pseudo-Patriotismus (unkritische Konformität). In ähnlicher Weise differenzierte Staub (1997) zwischen konstruktivem und blindem Patriotismus. Der konstruktive Patriotismus beinhaltet eine Bindung an die Nation, die durch kritische Loyalität gekennzeichnet ist. Der blinde Patriotismus ist dagegen charakterisiert durch eine rigide Haltung, mangelnde Fähigkeit zur Selbstkritik und Intoleranz. Die Unterschiede betreffen vor allem die kritische Selbstreflexion. Dementsprechend korreliert der blinde Patriotismus auch stärker mit Nationalismus-Skalen. Das Wesentliche am Nationalismus besteht in dem Gefühl der Überlegenheit und Höherwertigkeit der eigenen Nation, verbunden mit der Abwertung von Fremdgruppen.

Auf eine Diskreditierung des klassischen Patriotismus-Begriffs läuft das Konzept des „Verfassungspatriotismus“ im Sinne von Habermas (1998) hinaus. Nationale Identität sollte möglichst auf alle vorpolitischen Bezüge verzichten und sich nur noch auf dem Stolz auf die Verfassung und das Sozialsystem gründen. Das „postnationale Bewusstsein“ geht noch einen Schritt weiter, indem es

der Nationzugehörigkeit keine wichtige Rolle mehr zumisst, sondern stattdessen eine Identifikation mit supranationalen Konstellationen und universellen Menschenrechten fordert (Westle, 1995, S. 213f.).

Zwar stellt sich aufgrund empirischer Befunde das Problem der Fremdgruppen-Diskriminierung, jedoch erkannte bereits Allport (1954) in seinem Standardwerk über Vorurteile, dass die Bindung an die Ingroup nicht notwendigerweise Feindseligkeiten gegenüber den Outgroups mit sich bringe, sondern mit einer ganzen Reihe von Einstellungen kompatibel sei. Das Spektrum reiche von Sympathie und Bewunderung über Indifferenz und Ablehnung bis zu Hass. Auch die moderne Evolutionsforschung unterstützt nicht die Idee der negativen Reziprozität, da für das Überleben von Individuen und Gruppen die Kooperation wichtiger sei als Feindseligkeiten (Brewer, 1999) (vgl. 3.1).

So ermittelte Schmidt-Denter (2011) mehrere Konstellationen der sozialen Identität. Eine Gruppe kombinierte hohen Nationalstolz und starke Bindung an Deutschland mit einer positiven Haltung gegenüber Fremdgruppen und hoher Toleranz. Dieses Einstellungsmuster wurde als „Patriotischer Typ“ bezeichnet. Besonders aufschlussreich aber war ein weiterer „Internationalistischer Typ“, der das Spiegelbild zum „Nationalistischen Typ“ darstellte: Hier waren negative Haltungen und Gefühle gegenüber der eigenen Nation kombiniert mit Fremdgruppenbevorzugung. In diesem Typ kommt eine deutsche Sonderrolle bei der Bildung von sozialer Identität zum Ausdruck: die Verschiebung des Bindungsbedürfnisses von der Eigen- auf eine Fremdgruppe sowie der Abwertung von der Fremd- auf die Eigengruppe, wie Süllwold (1988) auch experimentell bestätigen konnte.

### **4.3 Deutsche Identitätsprobleme als Risikofaktor**

Zur deutschen Sonderrolle hinsichtlich der nationalen Identität liegen reichlich empirische Belege vor, die in ihren Aussagen eindeutig sind. In internationalen Vergleichsstudien rangieren die Deutschen hinsichtlich des Nationalstolzes stets auf dem letzten Platz (Smith & Jarkko, 1998). Eine Spitzenstellung haben die USA, gefolgt von den anderen angelsächsisch geprägten Ländern. Kontinentaleuropäische Staaten nehmen mittlere Positionen ein. Patriotismus kann somit durchaus als Kennzeichen von alten Demokratien sowie von Einwanderungsgesellschaften gelten. Auch hinsichtlich des historischen Verlaufs zeigen sich kulturspezifische Unterschiede. Während man beispielsweise in den USA seit dem 2. Weltkrieg einen wellenförmigen Dominanzwechsel zwischen blindem Patriotismus mit Grenzüberschreitungen zum Nationalismus und konstruktivem Patriotismus mit selbstkritisch-reflexiven Phasen beobachtete, liegen die deutschen Werte durchgängig auf einem sehr niedrigen Niveau mit nur



minimalen Schwankungen. Daran änderte auch die Wiedervereinigung nichts, obwohl dies von vielen Autoren erwartet bzw. befürchtet wurde (vgl. Westle, 1999).

Dass Patriotismus positive Konsequenzen für das Gemeinwesen haben kann, ist offensichtlich schon seit längerem bekannt. Gottfried Wilhelm Leibniz (1646 – 1716) wird die Aussage zugeschrieben: „Patrioten sind amtlich Unzuständige, die sich um das Gemeinwohl kümmern“. Die Funktion der Stärkung der innergesellschaftlichen Solidarität wurde auch in neueren empirischen Studien bestätigt, ebenso wie aus psychologischer Sicht die stabilisierende Wirkung für die Individuen. Nach den Ergebnissen der Internationalen Wertestudie korrelierte Nationalstolz positiv mit persönlicher Zufriedenheit, einem glücklichen Familienleben, Freude an der Arbeit, Vitalität und Vertrauen in staatliche Institutionen (Noelle-Neumann, 1987, S. 34).

Viele Intellektuelle begrüßten dagegen die deutsche Sonderrolle, die sie als Lehre aus der Geschichte verstanden und in der sie eine Vorbereitung auf Europäisierung und Globalisierung erblickten sowie eine geeignete kollektive Identität für die multikulturelle Gesellschaft. Habermas (1998) sah die Deutschen in einer Vorreiterrolle bei der Überwindung des Nationalstaates und beim epochalen Wandel zu einer „postnationalen Konstellation“. Die einzig legitime Basis der deutschen Identität sollten universalistische staatsbürgerliche Prinzipien sowie stetige selbstkritische Reflexion sein, da ein unbefangener Rückgriff auf Traditionsbestände durch den Kulturbruch während der Nazi-Zeit nicht mehr möglich sei.

Demgegenüber war Sternberger (1990), der den Begriff „Verfassungspatriotismus“ als erster geprägt hatte, bewusst, dass es sich um ein hochabstraktes, rein rationalistisches Konzept handelt, das in der Lebenswirklichkeit für sich genommen keinen Bestand haben könne. Daher müsse das Konzept durch emotionale Elemente und „natürliche Heimatlichkeit“ (S. 23) ergänzt werden. Faktoren wie „geschichtliche Überlieferung“, „ausgebildete Sprachkultur“, „dichtere ethnische Zusammengehörigkeit“ (S. 30) könnten und sollten den Zusammenhalt in der Gesellschaft zusätzlich fördern. Der Patriotismus stehe in einer guten geistigen Tradition und sei auch durch die Nazi-Diktatur nicht diskreditiert worden. Es sei im „Dritten Reich“ weder patriotisch gehandelt worden noch habe man den Begriff im offiziellen Vokabular benutzt. Patriotische Symbole, die in einer demokratischen Tradition standen, wie die Flagge „Schwarz-Rot-Gold“, wurden von den Nazis verachtet. Es gebe keinen Widerspruch zwischen Patriotismus, Weltoffenheit und Toleranz, wie auch bereits Dahrendorf ausgeführt habe: „Patriotismus ist Voraussetzung des Weltbürgertums, ...jedenfalls gilt, dass Menschen irgendwo hingehören müssen, bevor sie sich für weitere Horizonte öffnen können“ (Sternberger, 1990, S.19).

Empirische Forschungsergebnisse geben dieser Position Recht. Stolz auf die Verfassung (in Deutschland das Grundgesetz) und auf das Sozialsystem sind zwar unbedingt notwendige, aber keine hinreichenden Bestandteile des konstruktiven Patriotismus (Schmidt-Denter, 2011). Für sich genommen und verabsolutiert liegt dem Verfassungspatriotismus ein extrem reduktionistisches Menschenbild zugrunde, das die aus der menschlichen Entwicklungsgeschichte resultierenden Bedürfnisse ignoriert. Er orientiert sich ausschließlich an politischen Vorgaben und ist insofern inhuman. Intellektualität kann nicht in der Luft hängen, sondern steht in Wechselwirkung mit einem evolutionär und phylogenetisch geprägten Unterbau.

Die Kenntnis der evolutionär, phylogenetisch und historisch gewachsenen Determinanten der sozialen Identitätsbildung darf bei den Verfechtern des Verfassungspatriotismus sicherlich vorausgesetzt werden, jedoch geht man davon aus, diese durch Umerziehung eliminieren oder zumindest neutralisieren zu können. Die Identitätserziehung wird seit dem 2. Weltkrieg von einer intellektuellen, sozialwissenschaftlichen und medialen Elite als Daueraufgabe begriffen. Ihr Wächteramt und ihren Anspruch auf eine privilegierte Meinung leitet sie aus ihrem „richtigen Bewusstsein“ ab (Albrecht, 1999). Als ihre schärfste Waffe erwies sich die Vermittlung von Schuldgefühlen. Obwohl in der pädagogischen Literatur immer wieder bestritten wird, dass dies als Erziehungsziel angestrebt wird, ist dann doch die pädagogische Praxis durch Erziehungsmethoden gekennzeichnet, die diesen Effekt hervorrufen (Schmidt-Denter & Stubig, 2011; Stubig, 2015).

Die Folgen dieses gesellschaftlichen Experiments wurden schon früh von den Autoren der „Frankfurter Schule“ kontrovers diskutiert und zumindest von Horkheimer mit Sorge betrachtet. Er fürchtete, dass das dauernde Insistieren auf einer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus neue Verletzungen der kollektiven Identität der Deutschen mit sich bringen würde (Albrecht, 1999, S. 401). Um dies zu verhindern, müsse der politische Unterricht die Nazi-Diktatur in den historischen Vergleich mit anderen Verbrechen an der Menschheit stellen. „Meine persönliche Meinung geht dahin, dass im Unterricht vom Nazi-Reich so gesprochen werden sollte, dass dem Selbstbewusstsein der Schüler kein Harm geschieht [...] Ich halte es für falsch, Schuldgefühle bei Menschen zu wecken, die keine Schuld tragen. Das zeitigt, wie wir wahrlich sehen, Ressentiments“ (Horkheimer, 1963, zit. n. Albrecht, 1999, S. 401). Das zentrale Mittel, mit dem Horkheimer die Schulldiskussion überwinden wollte, war also der historische Vergleich mit anderen Epochen, in denen der Totalitarismus eine schlimme Rolle spielte. Ziel des Unterrichts müsse sein, in jeder Situation die Taktiken der Demagogen analysieren und entlarven zu können. „Vergangenheitsbewältigung“ sollte eher als Demagogieunterricht gestaltet werden.

Adornos (1971) Vorstellungen unterschieden sich davon deutlich. Er sah in der Umerziehung des Individuums einen Garanten dafür, dass „Auschwitz nie wieder sei.“ Als wichtiges Erziehungsmittel betonte er die Förderung von Empathie. „Barbarei – wie Auschwitz – ist das Ergebnis eines Fehlens von Wärme, ist Kälte ... Barbarei ist das Unvermögen zur Empathie“ (Abram, 1998, S. 2). Für Adorno bedeutete die „Vergangenheitsbewältigung“ eine Pädagogisierung, die eine permanente tief reichende Beschäftigung mit dem „Nationalsozialismus im Subjekt“ anstrebte. Dem Individuum sollten die verdrängten Anteile nationalsozialistischer Ideologie und seine Vorurteile bewusst gemacht werden. Statt auf eine universalisierte rationale Betrachtung und Analyse von Menschheitsverbrechen, wie Horkheimer es vorsah, setzte Adorno auf moralpsychologische Internalisierung und Singularisierung des Holocaust. Das Induzieren von „Betroffenheit“ wurde zur tragenden Säule des pädagogischen Programms.

Dem Ansatz Adornos war ein so großer Erfolg beschieden, dass er auch heute noch als Autor geehrt wird, während Horkheimer fast in Vergessenheit geraten ist, obwohl er der Institutsleiter war. Adornos Publikationen beeinflussten die Pädagogik, die politische Erziehung, die Medien und politischen Entscheidungsprozesse. Heute ist kaum noch jemandem bewusst, dass Adornos Ansatz zunächst nur eine von mehreren konkurrierenden Erklärungsformen und Bewältigungsstrategien zum Nationalsozialismus gewesen war. In den 1990er Jahren wurde die „Vergangenheitsbewältigung“ in „Erinnerungskultur“ umbenannt. Die Bezugnahme auf das Subjekt, dem eine beständige Gefahr zur „Verdrängung“ - bzw. nun im neuen Sprachgebrauch zum „Vergessen“ - unterstellt wird, erscheint dadurch sogar noch stärker betont. Spätestens mit der Gründung der „Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research (ITF)“ 1998 in Stockholm wurde das pädagogische Modell de facto zur Staatsräson der BRD erklärt (Schmidt-Denter & Stubig, 2011).

Entwicklungen in jüngere Zeit lassen Horkheimers konzeptuelle Überlegungen aber wieder als aktuell erscheinen. Zum einem kommen Impulse aus der Identitätspolitik, die Horkheimers komparativ-universalistischem Ansatz entsprechen. Viele Gruppen werden sich nicht nur ihrer Benachteiligung in der Gegenwart bewusst, sondern auch ihrer Leidensgeschichte, für die sie ebenfalls öffentliche Anerkennung einfordern. Ihre Migration wurde häufig erzwungen durch Gewalterfahrung, Verfolgung, Diskriminierung und Genozide. Die Exklusivität eines Opferstatus in Verbindung mit dem Holocaust oder die Opferhierarchisierung, die ihnen untere Rangplätze zuweist, werden in Frage gestellt.

Dies geschieht durch international angesehene Genozid-Forscher wie A. Dirk Moses (2021a), der das deutsche Bestreben, den Holocaust als singuläres, nicht vergleichbares, nicht kontextualisierbares und somit von anderen Genoziden getrennt zu betrachtendes Verbrechen mit Begriffen wie „Katechismus der Deut-

schen“ oder „Zivilreligion“ belegte (Moses, 2021b). Die Kritik auf diese Thesen war erwartungsgemäß heftig, da befürchtet wurde, dass Antisemitismus salonfähig gemacht werden könne. Moses (2021c) warf daraufhin seinen Kritikern, die er „Erinnerungspriester“ nannte, „Illiberalismus“ vor. „In den letzten 15 Jahren glitten Vertreter:innen jener besonderen Form von Erinnerungskultur – aus einer Haltung, die der Philosoph Jürgen Habermas einst als Verfassungspatriotismus bezeichnet hat – in eine Kultur des Narzissmus ab: in einen starren selbstgefälligen Nationalismus, der Menschen in unerbittliche Kategorien von Gut und Böse einteilt [...]“ Es sei ein „Erlösungs-Philosemitismus“ als Antwort auf den „Erlösungs-Antisemitismus“ der Nazis entstanden (Moses, 2021c).

Besondere Aufmerksamkeit erlangte der Fall des in Südafrika lebenden kamerunischen Wissenschaftlers Achille Mbembe, dessen Werk sich mit dem Kolonialismus und seinem Erbe befasst. Er erhielt dafür zahlreiche Auszeichnungen und Gastprofessuren an deutschen Universitäten. Dann jedoch erntete er heftige Kritik für Passagen in seinem Buch „Politik der Feindschaft“ (2017, S. 90), die als unvereinbar mit dem in Deutschland geltenden Tabu der „Unvergleichlichkeit des Holocaust“ angesehen wurden. Die Vergleiche (aber nicht Gleichsetzungen!) betrafen z.B. die Apartheid in Südafrika mit der Besetzung der Palästinensergebiete durch Israel.

Mbembe erhielt jedoch auch international Unterstützung für seinen Ansatz, Verbindungen zwischen verschiedenen Gewalterfahrungen herzustellen und gemeinsame Mechanismen offenzulegen. So widersprach der amerikanische Holocaust-Forscher Michael Rothberg (2021) der in Deutschland gängigen Befürchtung, dass solche Vergleiche letztlich auf eine Relativierung oder gar Leugnung des Holocaust hinauslaufen würden. Mit seinem Modell der multidirektionalen Erinnerung wendet er sich von der Vorstellung ab, bei kollektiven Erinnerungen gebe es einen Verdrängungswettbewerb um öffentliche Aufmerksamkeit und Empathie, sondern geht davon aus, dass es vielmehr zu einem Dialog und zu wechselseitiger Anerkennung kommen könne. Dabei werde man Unterschiede (wie z.B. die Mittel der Gewalt), aber auch Parallelen und Gemeinsamkeiten von Unterdrückungssystemen (wie z.B. der Konstruktion von Feindbildern) erkennen.

Zum zweiten wurden im Rahmen der psychologischen Identitätsforschung Befunde vorgelegt, die Horkheimers Befürchtung vor einer Beeinträchtigung nachfolgender Generationen empirisch untermauern (Schmidt-Denter, 2018). Es konnten psychische Verletzungen und Störungen in der Identitätsentwicklung von Schülerinnen und Schülern nachgewiesen werden. Die negativen Auswirkungen der „Holocaust Education“ lassen sich auf bestimmte Erziehungsziele und Erziehungsmittel der Pädagogik Adornos zurückführen. Im Zentrum stehen die Forderungen nach sichtbaren Zeichen der Betroffenheit, nach dem In-

duzieren starker Affekte sowie der empathischen Identifikation mit den Opfern. Der Druck, den viele Lehrkräfte ausüben, um diese Ziele zu erreichen, ist offenbar sehr groß, denn viele Edukanden erleben „Meinungszwang“, „Betroffenheitszwang“ (TNS infratest, 2010) sowie „Furcht“, „Spannung“, „Schuld- und Schamgefühle“ (Brockhaus, 2008; Kühner et al., 2008). Wenn Adorno den Antisemitismus als eine Krankheit betrachtet, deren Therapie mit den Mitteln der Pädagogik erfolgen soll, dann lassen sich diese negativen Symptome als Kollateralschäden oder unerwünschte Nebenwirkungen verstehen, die man vielleicht nicht gänzlich vermeiden kann, die aber in einem ethisch vertretbaren Verhältnis zu den intendierten Effekten, also den postulierten Erziehungszielen, stehen sollten. Ein solcher Nachweis ist bis jetzt nicht gelungen, dagegen konnten sehr gut bedenkliche psychische Auswirkungen dokumentiert werden. So fand Stubig (2015) mit einem Prä-Post-Design zur Unterrichtseinheit „Nationalsozialismus und Holocaust“ weder eine Verringerung des Antisemitismus noch der Fremdenfeindlichkeit, dafür aber eine Beeinträchtigung von Nationalstolz und Nationalgefühl. Die emotionalen Belastungen waren hoch. Die Schülerinnen und Schüler empfanden in starkem Maße Traurigkeit, Schwermut, Schrecken und Angst.

Ein Problem besteht darin, dass die induzierten Affektstürme vielleicht in einer therapeutischen Situation, nicht jedoch mit den Möglichkeiten einer pädagogischen Situation aufgefangen und bewältigt werden können, wie Bilewicz et al. (2017) bei jugendlichen (polnischen!) Besuchern des Konzentrationslagers Auschwitz zeigen konnten. Zur Logik der Affekte (Ciompi, 1997) gehört, dass sie das Erleben ganzheitlich einfärben und polarisierend wirken im Gegensatz zur rationalen Analyse, die differenzierend-analytisch erfolgen kann. Dies bedeutet, dass die nationale Identität deutscher Jugendlicher als Ganze negativ konnotiert wird und dass darüber hinaus die starke Opfer-Identifikation den Mechanismus der negativen Reziprozität unvermeidlich macht. Einfühlung in die Opfer ist mit Hass auf die Täter verbunden, die in diesem Fall generalisiert für das Deutschsein an sich stehen. Empathie für die Opfer und die Verweigerung von Empathie für die Deutschen bilden bei dieser Konstruktion zwei Seiten einer Medaille, wie Bode (2004) in Bezug auf die deutschen Vertriebenen oder die Kriegskinder zeigen konnte. Entsprechend berichteten die befragten deutschen Jugendlichen in der Studie von Schmidt-Denter (2011, 2018), dass ihre mangelnde Identifikation mit Deutschland nicht rational begründbar sei, sondern auf einer emotionalen Blockade beruhe.

Die befragten Jugendlichen aus Zuwandererfamilien erleben die deutsche Identitätsproblematik noch viel dramatischer, weil sie sich eher in einer bewussten Entscheidungssituation befanden und die Option hatten, sich lieber mit ihrem Herkunftsland zu identifizieren. Trotz schlimmer Erlebnisse und schlechter

Lebensbedingungen ist für viele Migranten die Wertschätzung ihrer Herkunftskultur selbstverständlich. Der Umgang der Deutschen mit sich selbst und ihrer Geschichte wird daher von vielen als unverständlich und „abschreckend“ erlebt (Ulrich et al., 2010).

Diese Problematik betrifft nicht nur die Jugendlichen, die durch den Geschichtsunterricht und die Holocaust-Education geprägt werden, sondern auch die Erwachsenen mit Migrationshintergrund, da die nationale De-Identifikation in vielen Bereichen als öffentlicher Stil gepflegt wird. Bereits das Adjektiv „deutsch“ ruft häufig allergische Reaktionen hervor, so wenn aus dem „Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband“ der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ wird oder nur noch von „Der Bahn“ oder „Der Mannschaft“ gesprochen werden soll. Der Konzert-Titel „ein deutscher Liederabend“ traf mit der Begründung auf Ablehnung, dass „deutsch“ zu „tümelnd“ sei und zu „Missverständnissen“ führen könne (t-online, 2021). Politiker ziehen es seit einigen Jahren vor, statt von „Deutschland“ nur noch von „dem Land“ zu sprechen. Da war es nur konsequent, als über 300 Mitglieder von „Bündnis 90/Die Grünen“ vor der Bundestagswahl 2021 forderten, den Begriff „Deutschland“ aus dem Parteiprogramm ganz zu streichen.

Während die Identitätspolitik erfolgreich subkulturelle Sichtbarkeit anstrebt, sind gesamtgesellschaftliche Symbole wie die Staatsflagge oder die Nationalhymne aus dem Alltag nahezu verschwunden. Nur bei traurigen Anlässen (vor allem im Rahmen der Erinnerungskultur; vgl. Leo, 2021) bemühen sich Politiker, innere Anteilnahme zu zeigen, bei positiven identitätsstiftenden Ereignissen geben sie sich dagegen sehr verhalten, um dem „Emotionstabu“ zu entsprechen (vgl. 5). Die Emotionslosigkeit und Distanziertheit gegenüber der eigenen Nation lässt man auch Zuwanderer u.a. bei den Einbürgerungsfeierlichkeiten deutlich spüren, die dann oft mit einer inneren Leere zurückbleiben und sich nicht wirklich angenommen fühlen, wie z.B. Topçu (2007) oder Maehler (2012) dokumentieren konnten.

Das Wesen der Bindung wird verkannt, wenn man die Bedeutung der Emotionen unberücksichtigt lässt; diese können Gesellschaften zusammenhalten oder aber spalten. Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür liefern die Untersuchungsergebnisse zum „Sommermärchen“, also zur Atmosphäre während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland (Boyes, 2007; Schmidt-Denter, 2011, S. 291 ff). Ganz im Gegensatz zu den Befürchtungen, die im Vorfeld geäußert wurden (z.B. vom ehemaligen Regierungssprecher Heye), führte das Ereignis Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zusammen und verschaffte den Deutschen einen ungeahnten weltweiten positiven Image-Schub. Die von Schmidt-Denter et al. (2008) befragten Jugendlichen schilderten ihre Gefühle während dieser Zeit wie folgt:

16 Jahre, weiblich, deutsch:

„Ja, fand ich super! Also ich glaub, das war die beste Zeit, die ich je in Deutschland erlebt habe. Als so viele Nationen aufeinander trafen, waren ja auch so viele andere Menschen aus anderen Ländern hier. Das war schon schön.“

17 Jahre, weiblich, deutsch:

„Also die war richtig großartig, sowas habe ich noch nie erlebt, also überall, also das war das erste Mal wirklich, dass ich gemerkt hab´, dass die Deutschen stolz auf sich sind, dass sie stolz auf sich sind, Deutsche zu sein, ...“

18 Jahre, männlich, türkisch:

„Na klar, aber heftig, jeden Tag! Mit der deutschen Fahne die ganze Zeit und so ... „ (durch die Stadt rumgefahren). Ganz ehrlich, die Deutschen haben das von den Türken. Da macht das mehr Spaß als bei den Deutschen, weil die kennen sich damit gar nicht aus.“

17 Jahre, männlich, türkisch:

„Da waren ja auch manche überrascht, dass die Ausländer auch alle so voll für die Deutschen waren. Ja, bei mir war das auch, dass ich mein deutsches Trikot angezogen hab´ und mit den Deutschen mitgefeiert hab´.“

16 Jahre, weiblich, polnisch:

„Außergewöhnlich gut. Das war wirklich was, was ich noch nie erlebt habe, eigentlich. Dass die Leute so gut gelaunt sind und fröhlich und höflich, dass das eigentlich nicht so im Alltag ist.“

Die Zitate bedeuten nun natürlich nicht, dass es ständig eine Feststimmung geben kann und auch nicht, dass Sportereignisse, insbesondere Fußball-Turniere, nicht auch ganz andere Emotionen auslösen können. Die Wirkungsanalyse des „Sommermärchens“ verdeutlicht aber den Effekt bindungsstiftender Emotionen und gibt auch einen Hinweis darauf, was die Jugendlichen in Deutschland an Zusammengehörigkeitsgefühl vermissen.

## **5. Welche Identität für das 21. Jahrhundert?**

Die in diesem Beitrag herangezogenen Quellen belegen, dass es viele gute Gründe gibt, die Lösung von Identitätsfragen als zentrale Herausforderung für Gegenwart und Zukunft zu verstehen. Individuelle und kollektive Verunsicherungen bergen ein erhebliches Konfliktpotential, dem auch mit Hilfe wissenschaftlicher Erkenntnisse begegnet werden sollte. Die psychologische Identitätsforschung und benachbarte empirische Disziplinen stellen hierfür durchaus ein Rüstzeug zur Verfügung, indem sie Kriterien für adaptive Identitätskonstruktionen ermitteln konnten (vgl. 1).

Die Identitätspolitik kann kaum als zielführender Beitrag zur Problemlösung angesehen werden. Ihr Markenzeichen ist ein Rückgriff auf geradezu archaische partikularistische Identitätskonstruktionen, deren Gefahrenpotential von der Identitätsforschung eindringlich herausgestellt wurde (vgl. 1.2). Hierzu gehören eine Eigengruppenauf- und Fremdgruppenabwertung, die sich zu einer Freund-Feind-Diskriminierung gesteigert hat, eine totale Ambiguitätsintoleranz sowie eine radikalisierte Täter-Opfer-Konstruktion, die eine geteilte Empathie moralisch zu rechtfertigen scheint (vgl. 1.2, 2.4, 3.2). Um den Opfer-Status als Basis für militante Selbstermächtigung wird daher mit allen Mitteln gekämpft. Es findet ein sich selbst verstärkender Kreislauf statt, indem eine zunehmende Hypersensibilität immer feiner Sexismus, Rassismus u.ä. aufspürt.

Diese und andere Bedrohungen, die nach jahrzehntelanger Aufklärungsarbeit, insbesondere über rechtsextremistische Strategien, längst als überwunden galten, kehren nun mit umgekehrten Vorzeichen als vermeintliche Tugenden emanzipatorischer Bewegungen wieder zurück. Es wurde offensichtlich, welches Potential an Illiberalität und Dogmatismus auch in liberalen Gesellschaften schlummert. Nicht nur Gegner, sondern auch entschiedene Unterstützer der Diversität äußern daher Bedenken: „Wie bei jeder sozialen Bewegung, die einen starken moralischen Anspruch erhebt, sehen wir allerdings auch heute zuweilen den Umschlag ins Rigorose, Rigide und teilweise Autoritäre“ (Vogel, 2021, S. 3). Eigene mimosenhafte Empfindlichkeit und Larmoyanz werden in Kombination mit hartem Austeilen gegen andere praktiziert. Das Sich-verletzt-Fühlen als absolut geltendes Wahrheitskriterium bietet wenig Raum für gleichberechtigten Austausch von Sichtweisen und die Berücksichtigung der Interessen anderer. Vielleicht wäre es angemessener, die Bewegung als radikalen Lobbyismus im Kampf um Ressourcen zu verstehen, aber nicht in einem anspruchsvollen Sinne als „Politik“, denn von Politik kann man nach Strauß (2019) erst sprechen, wenn die Beziehung der Teile zu einem Ganzen mit beachtet wird: „Im Grunde bedeutet Identitätspolitik eine Schwächung wirklicher Politik, also des Strebens nach dem größtmöglichen Gemeinwohl“ (S. 7).

Bei einer Durchsicht der vorhandenen Literaturquellen zur Frage, wie denn nun Identitätskonstruktionen gestaltet sein sollten, die eine zunehmend fragmentierte Gesellschaft letztlich zusammenhalten, bleiben die „Experten“ die Antwort schuldig. Dies betrifft nicht nur den Bereich der Identitätspolitik, sondern auch die heillos zerstrittene Migrationsforschung. Lediglich hinsichtlich einer vagen Aussage besteht Einigkeit: Dies könne man nicht vorab definieren, sondern dies müsse das Ergebnis eines Aushandelns zwischen allen Beteiligten sein. Damit verweisen sie immerhin auf das grundlegendste aller Kriterien, die es ermöglichen, dass Menschen zueinander finden und sich Gesellschaften stabilisieren: die Kommunikation (vgl. 3.1).



Kaum jemand dürfte bestreiten, dass es bereits hinsichtlich dieser Minimalvoraussetzung gegenwärtig nicht zum Besten steht. Es lässt sich im Gegenteil konstatieren, dass die Debattenkultur in Deutschland (und anderen westlichen Ländern) auf einem Tiefpunkt angelangt ist, den es zu überwinden gilt. Häufig geht es weniger um die Lösung drängender Gegenwartsprobleme als vielmehr darum, das eigene Weltbild zu schützen und dem „Feind“ kein „Stichwort“ zu geben. Dies trifft auch dann zu, wenn man die sozialen Medien mit ihren oft unappetitlichen User-Kommentaren („shitstorm“) unberücksichtigt lässt, wie in vorliegender Analyse geschehen. Eine funktionierende Öffentlichkeit, so wie sie ein demokratisches Gemeinwesen ausmachen sollte, ist verloren gegangen (Stegemann, 2021). „Wir müssen endlich wieder lernen, wie man ein richtiges Gespräch führt (...) Ein Gespräch setzt voraus, dass der andere Recht haben könnte.“ (Hans-Georg-Gadamer, zit. n. *Forschung & Lehre*, 6, 28, 2021, S. 439).

Ein solches Gespräch erfordert eine gewisse Kommunikationsqualität und eine Symmetrie zwischen den Kommunikationspartnern. Gesellschaftliche Instanzen wie das Rechtssystem, Politik, Medien und Gruppen von Sozialwissenschaftlern sehen es als ihre Aufgabe an, diese Erfordernisse herzustellen, indem sie die Minderheitenrechte stärken und offensiv gegenüber der Mehrheitsgesellschaft durchsetzen. Sie lassen sich von der Vorstellung leiten, dass es eine Asymmetrie, ein Machtgefälle zu Ungunsten der Minderheiten gibt und es somit geboten sei, sie besonders zu schützen, ihre Identität zu stärken und „Waffengleichheit“ herzustellen. Hieraus leiten alle identitätspolitischen Bewegungen ihre Legitimation ab. Insbesondere jede Form von kritischer Selbstreflexion, wie sie für die Deutschen seit Gründung der Bundesrepublik als „erste Bürgerpflicht“ gilt (vgl. 4.3), wird ihnen komplett erlassen, um ihr Selbstwertgefühl nicht zu verletzen. Somit erscheint auch die unterschiedliche Belastung durch Schuldzuweisungen als eine identitätspolitische Maßnahme.

In diesem Kontext mag auch die äußerst unterschiedliche, sehr stark von der Gruppenzugehörigkeit der Täter/Opfer abhängige öffentliche Empathie und Gestaltung der Erinnerungskultur nach extremistischen Anschlägen zu erklären sein, wie von Broder (2021) und Kade (2021) am Beispiel der Attentate von Hanau (10.02.2020) und Würzburg (25.06.2021) problematisiert wird (vgl. 2.4, 3.2, 4.3). Die Gruppenzugehörigkeit entscheidet darüber, ob die Erinnerung an die Opfer langfristig wachgehalten wird, ihnen anklagend „ein Gesicht gegeben wird“, oder ob sie schon nach kurzer Zeit in Vergessenheit geraten und anonym bleiben.

Von diesem Geist ist der Abschlussbericht der „Fachkommission Integrationsfähigkeit“ (2020) der Bundesregierung durchdrungen. Als Prämisse wird ein unbedingtes Bekenntnis zur Diversität formuliert, dem alle Inhalte untergeordnet werden. Die Beschäftigung mit der „Integrationsfähigkeit“ als vorgegebene

ner Aufgabenstellung wird abgelehnt. Zuwanderung soll nicht nur „zugelassen“, sondern „angestrebt und aktiv gefördert“ werden (S. 14). Die Bringschuld für ein erfolgreiches Gestalten liege allein bei den Aufnahmeländern. Schulversagen hinge häufig mit stereotypen Erwartungen der Lehrkräfte zusammen (S. 101). Integrationsunfähigkeit oder –unwilligkeit seien nur Unterstellungen (S. 202). Der Begriff der „Aufnahmefähigkeit“, also die Anpassung von Migration an vorhandene Kapazitäten, solle abgeschafft werden und die Kommission lehnte es dementsprechend ab, sich mit irgendeiner Form der Steuerung zu beschäftigen. Die nötigen Ressourcen müssten eben bereitgestellt werden. Vorbehalte in der Bevölkerung beruhten auf irrationalen Ängsten, denen durch einen „faktenbasierten Diskurs“ und anderen „geeigneten Maßnahmen“ zu begegnen sei (S. 14).

Zwar werden punktuell auch Probleme angesprochen und somit Ausgewogenheit signalisiert, die einseitige Parteinahme bleibt aber aufgrund der Gewichtung und des vorgetragenen Engagements unübersehbar. Ausführlichst wird gegenüber der autochthonen Bevölkerung die schon oft publizierte gesamte Batterie der sozialwissenschaftlichen Kampfbegriffe aus dem Arsenal der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ als einschüchternde Drohkulisse aufgebaut: Rassismus, Antiziganismus, Antisemitismus, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Rechtsterrorismus und Hasskriminalität (S. 60). Dagegen wird schwächer beleuchtet, dass zahlreiche Migranten anti-demokratische Einstellungen bereits in reichlichem Maße mitbringen, wie insbesondere Antisemitismus, dogmatischen Fundamentalismus (Schreiber, 2017), Homophobie (Pokorny & v. Wilamovitz-Moellendorf, 2021), Sexismus (Ali, 2021) sowie Verachtung der Kultur des Zuwanderungslandes (Mansour, 2021). Auch hinsichtlich der „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“, dem primären Gegenstand von Ängsten in der Bevölkerung, äußert sich die Kommission sehr einseitig. Die Daten müssten „sensibel und differenziert“ interpretiert werden. Es müssten „Mythen“ entkräftet werden (S. 71). Die „Mehrzahl“ sei gar nicht kriminell (was allerdings auch noch niemand behauptet hat) (S. 73).

Die gewollte Asymmetrie bei Prozessen der Wirklichkeitskonstruktion zugunsten von Migranten und anderen Minderheiten kennzeichnet den Diskurs in Politik, Medien und Sozialwissenschaften. Die gesellschaftlichen Bereiche weisen diesbezüglich eine hohe Interpenetration im Luhmann'schen Sinne auf (Luhmann, 1985), durch die sie sich wechselseitig Erwartungen erfüllen und bestätigen und so zu einer artifiziell homogenisierten Realitätsverzerrung beitragen. Als Motiv kommt neben politischen Strategien auch die Befriedigung psychologischer Bedürfnisse in Betracht. „Derzeit tun rechte Hetzer so, als ob alle Flüchtlinge eine homogene böartige Gruppe sind. [...] Auf der anderen Seite der Debatte reden Moralapostel aus dem linken Spektrum realitätsfern, und

schrecken vor jeder realistischen Kritik zurück. Die Muslime sind hier nur ihre Kuschtiere, ein Objekt, um sich besser, moralischer zu fühlen“ (Mansour, 2021, S. 3). Während der „Flüchtlingskrise“ 2015 kam als psychologisches Motiv häufig der Wunsch zum Ausdruck, sich von historischer Schuld reinwaschen zu können und der Welt zu demonstrieren, dass man „aus der Geschichte gelernt“ habe (vgl. 4.3).

Hinsichtlich des medialen Bereichs kritisierte der Historiker und Publizist Michael Wolffsohn in seiner Festrede anlässlich der Verleihung des Wächterpreises 2021 in Düsseldorf die bewusste Parteinahme. Viele Redaktionen seien einseitig geprägt und bildeten nicht die Meinungsvielfalt in der Bevölkerung ab, die der Bevormundung überdrüssig sei. „Sieht deutscher Qualitätsjournalismus so aus? Dass nicht sein kann, was nicht sein darf, und was nicht sein darf, darf nicht berichtet werden?“ (RP Online, 2021). Wolffsohn spricht hier ein für die Demokratie bedrohliches Problem an: den Verlust von Vertrauen als der wichtigsten Währung von Bindung und Zusammenhalt (vgl. 3.3). Nach jüngsten Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach hat annähernd die Hälfte der Befragten kein Vertrauen mehr in die Medien und zweifelt an der Meinungsfreiheit. Dies ist der höchste Wert seit dem Beginn der demoskopischen Messungen im Jahre 1953 (Petersen, 2021).

Die Studie des Meinungsforschungsunternehmens IPSOS (2021) bestätigt die Vertrauenskrise. Zwei Drittel der Befragten stimmten der Aussage zu, dass die größte Kluft der Gesellschaft zwischen „normalen Bürgern“ und der „politischen sowie wirtschaftlichen Elite“ bestehe. Die neueste Milieustudie des SINUS-Instituts (2021) belegt, dass die Gesellschaft auseinander driftet. Nach Daten der Zukunftsstudie des Rheingold-Instituts (2021) glauben 83% der Befragten, dass der „Zusammenhalt erodiert“, 91% erleben eine zunehmende Aggressivität und nur 26% vertrauen darauf, dass der Staat diese Probleme lösen kann.

Im wissenschaftlichen Bereich macht sich die engagierte Parteilichkeit u.a. dadurch bemerkbar, dass auf das Qualitätsmerkmal der Ergebnisoffenheit weitgehend verzichtet wird, von dem noblen wissenschaftlichen Bemühen, die eigenen Hypothesen möglichst falsifizieren zu wollen, wie es Popper (2005) idealtypisch vorschwebte, ganz zu schweigen (vgl. 2.3). Vielmehr werden die Studien methodisch so angelegt, dass die Ergebnisse die Erwartungen fast zwangsläufig bestätigen, und die Interpretation der Daten vermittelt ganz und gar nicht den Eindruck, dass eine Konfundierung mit der eigenen politischen Meinung vermieden werden soll, wie es das Objektivitätskriterium wissenschaftlichen Arbeitens eigentlich erfordert (vgl. z.B. Heitmeyer, 2003; Decker u.a., 2008; Foroutan, 2019). Vielmehr wird Komplexität in neu erfundenen Schlüsselbegriffen eindimensional zusammengefasst und als politisch anschlussfähige Bot-

schaft verbreitet. Heitmeyer (2012) nennt dies „gesellschaftliche Aktionsinteressen“, die „in die Gesellschaft einsickern“ sollen (S. 275). Die Mahnung Lenzens „Man darf Politik nicht gestatten, sich der genehmsten Variante wissenschaftlicher ‚Wahrheit‘ zu bedienen“ (Lenzen, 2021, S. 456) erscheint somit als überholt. Der Politik wird oft nur eine „Wahrheit“ als Entscheidungsgrundlage zugearbeitet, deren Entstehung sie direkt oder indirekt selbst finanziert hat und die wohl auch ihren Wünschen entspricht.

Die kommunikative Asymmetrie in nahezu der gesamten gesellschaftlichen Öffentlichkeit hat sich durchaus aus gutem Grund entwickelt. Koopmans und Orgad (2020) sehen die Ursachen für diese Fehlentwicklung als historisch bedingt an. So gehöre es zum demokratischen Selbstverständnis, in einem politischen System, in dem die Macht auf Mehrheitsentscheidungen aufbaue, die Interessen von Minderheiten zu schützen und die Macht der Mehrheit zu begrenzen. Hinzu kämen historische und gegenwärtige Erfahrungen über schreckliche Menschenrechtsverletzungen, gegen die ein Bollwerk zu errichten sei. Diese Überzeugung ist auch sichtbar in das internationale Recht und das deutsche Recht eingeflossen, verbunden mit der Auffassung, dass Mehrheiten keiner Stützung bedürfen.

Nach Koopmans und Orgad (2020) haben die rasanten sozialen Veränderungen der letzten Jahre diesen Ausgangspunkt obsolet gemacht und sie schlagen als Alternative einen „gruppendifferenzierten Ansatz“ vor. Das Konzept des Multikulturismus sei weit über das Ziel hinausgeschossen und pervertiert. Auch Mehrheiten seien verletztlich geworden. Auch sie benötigten rechtlichen Schutz und Empathie für ihre Probleme. Mehrheiten seien ähnlich wie Minderheiten einem erheblichen Anpassungsdruck an mehreren Fronten ausgesetzt, der sie verunsichert. Der Druck gehe neben der explosiven Zuwanderung, die historisch gewachsene kulturelle Konstanten in Frage stellt, auch von globalen politischen und wirtschaftlichen Machtverschiebungen, dem Kampf gegen den Klimawandel und der rasanten Digitalisierung des öffentlichen Lebens aus.

Zudem entspreche die Vorstellung von einer übermächtigen Mehrheit und einer ohnmächtigen Minderheit schon längst nicht mehr der Wirklichkeit. Lokal und generationsspezifisch gesehen sind vermeintliche Mehrheiten bereits zu Minderheiten geworden, ein Trend, den die demographische Entwicklung verstärken wird. Es entspringt somit weder einem „Mythos“ noch rassistischen Einstellungen, wenn sich die autochthone Bevölkerung auch bedroht fühlt und nicht nur „bereichert“ (was ihr quasi als Pflicht auferlegt wird). Ihre Identitätskrise beruht auf einer realistischen Einschätzung, sie wird sich paradoxerweise ihrer kulturellen und nationalen Identität wieder stärker bewusst und strebt nach Sicherung durch Abgrenzung (vgl. 1.1). Koopmans und Orgad (2020) sehen den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (Brexit) in

diesem Zusammenhang. Auch der Rechtspopulismus dürfte von diesen Ängsten profitiert haben, indem er als „Lösung“ eine eigene Asymmetrie mit umgekehrtem Vorzeichen anbot (vgl. 2.4).

Die Forderung nach einem symmetrischen Kommunikationsprozess zur Klärung einer Identität für das 21. Jahrhundert erscheint somit als überfällig. Der Begriff des ständigen „Aushandelns“, der in der Identitätspolitik präferiert wird, weckt aber wohl die falschen Erwartungen. Nach Ansicht der „Fachkommission Integrationsfähigkeit“ (2020) entsteht Integration durch einen „dauerhaften, ergebnisoffenen und konflikthaften Prozess“ (S. 204). Das tägliche Problematisieren und Debattieren von allem und jedem, die institutionalisierte Konfliktgesellschaft, ergibt jedoch ein äußerst labiles System, das die Menschen unter permanenten Stress stellt und dem Bedürfnis nach einem Kohärenzgefühl entgegensteht (vgl. 1.1). Hinzu kommt das unlösbare Problem einer angemessenen Repräsentation, d.h. welche ständig neu zu definierenden Gruppen bei dieser „Dauerkonferenz“ in welcher Form vertreten werden können (vgl. 2.4). Ein solcher Prozess führt auch nicht zu einer Egalisierung, sondern eher zu neuen Hierarchien, an deren Spitze nach kanadischen und britischen Erfahrungen die „fleißigen“ Zuwanderer aus dem ostasiatischen Kulturkreis stehen. Ähnliches gilt für Deutschland, wenn man z.B. die Abiturientenquote und das Einkommen als Maßstab nimmt.

Abreden zwischen Gruppen, z.B. über Quotenregelungen und Verteilung von Ressourcen (= „Teilhabe“), fördern nicht zwangsläufig Gemeinsamkeiten, sondern können sogar den Tribalismus verstärken und destabilisierend wirken, wie etwa das Schicksal des Libanon lehrt oder auch das niederländische Modell der gesellschaftlichen Säulen, dessen Scheitern in den 1990er Jahren das Ende der bis dahin als weltweites Markenzeichen dienenden niederländischen Toleranz gegenüber Zuwanderern einläutete und in einer krassen Kehrtwende in die heutige Assimilierungspolitik mündete (vgl. Schmidt-Denter, 2011, S. 81 ff). Man hatte zu wenig beachtet, dass erfolgreiche Verhandlungsprozesse über gesellschaftliche Probleme einen bestehenden Wertekonsens voraussetzen sowie das Bekenntnis zu einem gemeinsamen „Wir-Gefühl“. Überlebensfähig können Gesellschaften letztlich nur sein, wenn bei allen Beteiligten ein Bewusstsein dafür vorhanden ist, eine Gemeinschaft zu sein. Die entscheidenden Voraussetzungen sind Identifikation und verbindende Gefühle einer fraglosen Zugehörigkeit, die einer Pseudo-Verwandtschaft zumindest nahe kommen (vgl. 4.1).

Als seltener Ausnahmefall hat immerhin die Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ den Zusammenhang zwischen der unverhandelbaren Wertebasis und ihrer affektiven Vermittlung erkannt und als zentrales Defizit für die positive Identitätsstiftung in Deutschland herausgestellt (vgl. 4.3). In ihrem Abschlussbericht (Bundesministerium des Innern, für Bau

und Heimat, 2020) fordert sie, „die Symbole der Demokratie leuchten [zu] lassen“, sowie den „positiven Zusammenhang zwischen freiheitlich-demokratischer Grundordnung und ihren historischen Farben Schwarz-Rot-Gold [...]“ herauszustellen (S. 23). Der „Tag der Deutschen Einheit“, der mit abschreckender Gleichgültigkeit und Lieblosigkeit begangen wird, solle weiterentwickelt werden. Einer Weiterentwicklung bedürfe auch die deutsche Erinnerungspolitik, indem die Vielfalt deutscher Demokratiegeschichte vermittelt werden solle. Das Land bedürfe patriotischen Stolzes über das Geleistete und einer heiteren Grundstimmung, um als attraktives Identifikationsobjekt dienen zu können (vgl. 4.3). Es bestehe die Gefahr, dass das gegenwärtige affektive Vakuum von den Feinden der Demokratie besetzt werde. „Die freiheitlich-demokratische Republik darf die Deutungshoheit über die eigene Flagge nicht denjenigen überlassen, welche die Werte dieser Republik missachten und bekämpfen“ (S. 86).

Die vorhandene oder fehlende Identifikation mit einem Gemeinwesen macht einen entscheidenden Unterschied hinsichtlich der internen vs. externen Verhaltenskontrolle aus. Bei hoher Identifikation ist die interne Verhaltenskontrolle stark ausgeprägt, die Normen der Gesellschaft und ihre Erwartungen sind weitgehend internalisiert. Die Individuen erleben das Schicksal der Gemeinschaft wie ihr persönliches Schicksal und entwickeln Solidarität, Loyalität und Verantwortungsbewusstsein. Bei niedriger oder fehlender Identifikation ist die interne Verhaltenskontrolle entsprechend schwach ausgeprägt und muss durch äußere Steuerungsmaßnahmen kompensiert werden. In diesem Falle können die zentrifugalen Kräfte bei zunehmender Diversität nur durch verstärkte externe Überwachung unter Kontrolle gehalten werden.

Der Weg in den digitalen Überwachungsstaat ist längst Realität. Im internationalen Vergleich bestehen die Unterschiede lediglich darin, wie gemäßigt oder total die externe Verhaltenskontrolle ausgeübt wird. Es liegt somit die Frage auf der Hand, ob mit diesen Mitteln den auf zunehmender Diversität beruhenden Identitätsproblemen begegnet werden kann. Ein Vorreiter ist das chinesische Modell eines Sozialkreditsystems, das in den westlichen Ländern eine unterschiedliche Resonanz ausgelöst hat. Einigen erscheint es als ein endgültiger alptrauhafter Sieg der Orwell'schen Visionen (vgl. 2.1), andere sehen darin einen ernsthaft zu diskutierenden Lösungsansatz angesichts der Gefahren des „schrecklich unübersichtlichen“ 21. Jahrhunderts. Jeder Bürger erhält als Bonus eine bestimmte Punktzahl, die sich durch sozial erwünschtes bzw. sozial schädliches Verhalten entweder erhöht oder verringert. Davon abhängig werden ihm bestimmte Privilegien gewährt oder Sanktionen auferlegt (Strittmatter, 2018). Jeder wird also angeblich gleich behandelt. Während der Covid-19-Pandemie soll dieses fragwürdige Vorgehen nach chinesischen Angaben bereits seine Bewährungsprobe bestanden und dem Land Vorteile verschafft haben.

Dieses Modell dient nach dem Verständnis seiner Erfinder keineswegs nur der Kriminalitätsvermeidung, sondern sieht eine Kontrolle sämtlicher Handlungen und sozialen Kontakte vor, wobei Datenschutz und Privatsphäre unerheblich sind. Es versteht sich als digitale Form des in den westlichen Sozialwissenschaften propagierten „social engineering“. Es soll das Individuum mit der Funktionstüchtigkeit der Gesellschaft synchronisieren und so Fehlverhalten und Konflikte vermeiden helfen. Diese Synchronisation ist auch das Ziel der Identitätsentwicklung, wie es Erikson in seinem Kohärenzmodell formulierte (vgl. 1.1), nur dass es sich hier um einen psychologisch wünschenswerten organischen, wesentlich vom Individuum mitgestalteten Sozialisationsprozess handelt, während die digitale Verhaltenskontrolle den Schwerpunkt auf eine diktatorische externe Steuerung legt, bei der sich die Algorithmen in einem Wettlauf mit der sozialen Dissoziation mit ungewissem Ausgang befinden. Die demokratische Gesellschaft steht somit an einem Scheideweg. Vielleicht ist der kritische Punkt aber auch schon überschritten, an dem sie noch entscheidungsfähig war und über Optionen verfügte.

## Literatur

- Abram, I. (1998). Holocaust, Erziehung und Unterricht. [www.fasena.de](http://www.fasena.de) (Zugriff am 31.03.2021).
- Adorno, T.W. (1971). Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Adorno, T.W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D.J. & Sanford, R.N. (1950). The Authoritarian Personality. New York: Harper´s.
- Albrecht, C. (1999). Im Schatten des Nationalsozialismus: Die politische Pädagogik der Frankfurter Schule. In C. Albrecht, G.C. Behrmann, M. Bock, H. Homann & F.H Tenbruck (Hrsg.), Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik: Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule (S. 387 – 447). Frankfurt a.M.: Campus.
- Ali, A.H. (2021). Beute. Warum muslimische Einwanderung westliche Frauenrechte bedroht. München: Bertelsmann.
- Allport, G.W. (1954). The nature of prejudice. Oxford: Addison-Wesley.
- Amjahid, M. (2021). Der weiße Fleck. München: Piper.
- AntiDiskriminierungsbüro (ADB) Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. (Hrsg.) (2013). Sprache schafft Wirklichkeit. [www.oegg.de](http://www.oegg.de)

- Antonovsky, A. (1997). *Salutogenese. Zur Entmystifizierung der Gesundheit*. Tübingen: dgvt.
- Basad, J.S. (2021a). Skandal-Workshop bei Polizei und Bundeswehr. Weiße sollen sich für ihre Hautfarbe schämen. [www.bild.de/politik/inland/politik](http://www.bild.de/politik/inland/politik) (Zugriff am 07.09.2021)
- Basad, J.S. (2021b). *Schäm dich! Wie Ideologinnen und Ideologen bestimmen, was gut und böse ist*. Frankfurt a.M.: Westend.
- Beck, U. (1986). *Die Risikogesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beck, U. & Beck-Gernsheim, E. (1994). *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Berzonsky, M. (1990). Self construction over the life span: A process perspective on identity formation. *Advances in Personal Construct Theory*, 1, 155-186.
- Bilewicz, M., Wittkowska, M., Stubig, S., Beneda, M.& Imhoff, R. (2017): How to teach about the Holocaust? Psychological obstacles in historical education in Poland and Germany. In: C. Psaltis et al. (Eds.), *History education and conflict transformation* (pp. 169 – 197). London: palgrave macmillan (open access).
- Bischof, N. (1985/2020). *Das Rätsel Ödipus. Die biologischen Wurzeln des Urkonflikts von Intimität und Autonomie*. Gießen: Psychosozial.
- Bischof, S. (2021). *Schockzahlen! Keine Einzelfälle: Täglich Gruppenvergewaltigungen in Deutschland*. [www.tag24.de/justiz/missbrauch/schockzahlen](http://www.tag24.de/justiz/missbrauch/schockzahlen) (Zugriff am 6.08.2021).
- Bischof-Köhler, D. (2006). *Von Natur aus anders. Die Psychologie der Geschlechtsunterschiede* (3. Aufl.). Stuttgart: Kohlhammer.
- Bode, S. (2004). *Die vergessene Generation. Die Kriegskinder brechen ihr Schweigen*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Boyes, R. (2007). Die Neuen Patrioten. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1-2, 19 – 24.
- Brewer, M.B. (1999). The psychology of prejudice: Ingroup love or outgroup hate? *Journal of Social Issues*, 55, 429 – 444.
- Brockhaus, G. (2008). „Bloß nicht moralisieren!“ Emotionale Prozesse in der pädagogischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. In Bayrische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit (Hrsg.), *Holocaust Education [Themenheft]. Einsichten und Perspektiven*, Bayrische Zeitschrift für Politik und Geschichte, 1, 28 – 33.



- Broder, H.M. (2021). Vom Mitgefühl der Deutschen bleibt für Würzburgs Opfer nicht viel übrig. [www.welt.de/debatte/plus232327089](http://www.welt.de/debatte/plus232327089) (Zugriff am 14.07.2021).
- Brodkorb, M (2021). Kulturelle Aneignung. Rassistischer Reis. Frankfurter Allgemeine vom 30.09.2021. [www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/die-theorie-der-kulturellen-aneignung-fuehrt-zum-voelkischen-denken-zurueck-17558262.html](http://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/die-theorie-der-kulturellen-aneignung-fuehrt-zum-voelkischen-denken-zurueck-17558262.html). (Zugriff am 30.09.2021).
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.).(2020). Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“. [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)
- Butler, J. (1990). Gender trouble. Feminism and the subversion of identity. New York/London: Routledge.
- Ciampi, L. (1997). Die emotionalen Grundlagen des Denkens. Entwurf einer fraktalen Affektlogik. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Crenshaw, K. et al. (1995).(Eds.). Critical Race Theory. New York: New Press.
- Decker, O., Rothe, K., Weissmann, M., Geißler, N.& Brähler, E. (2008). Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Delgado, R. & Stefancic, J. (2017). Critical Race Theory: An introduction. New York: University Press.
- Der Tagesspiegel (2021). Disney thematisiert Rassismus in Kinderklassikern. [www.tagesspiegel.de](http://www.tagesspiegel.de) vom 3.2.2021 (Zugriff am 4.02.2021).
- Deutscher Hochschulverband (Hrsg.). (2021). DHV Jahresbericht 2020. Bonn: Selbstverlag.
- DiAngelo, R.J. (2021). Wir müssen über Rassismus sprechen. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Dorren, G. (2021). Die größten Sprachen und was sie besonders macht. München: C.H. Beck.
- Douthat, R. (2018). The rise of woke capital. New York Times, 28.2.18.
- Dyk, S. van (2019). Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus. Aus Politik und Zeitgeschichte. Identitätspolitik. 9, 11, 25 – 32.

- Eigen, M. & Schuster, P. (1979). *The hypercycle. A principal of natural self organization*. Berlin: Springer.
- Einfeldt, C. (2021). Skurille Gender-Forderung bei den Tagesthemen. [www.24hamburg.de/niedersachsen](http://www.24hamburg.de/niedersachsen) (Zugriff am 15.06.2021).
- Eisenberg, P. (2021). Die Genderfraktion verachtet die deutsche Sprache. [www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/debate](http://www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/debate) (Zugriff am 12.5.2021).
- El-Mafaalani, A. (2019). Alle an einem Tisch. Identitätspolitik und die paradoxen Verhältnisse zwischen Teilhabe und Diskriminierung. *Aus Politik und Zeitgeschichte. Identitätspolitik*, 9 – 11, 69, 41 – 45.
- Erich, N. (2021). Gendergerechte Sprache. „Wir bilden eine veränderte sprachliche Realität ab“. *Zeit-Online* vom 29.01.2021.
- Erikson, E.H. (1950/99). *Kindheit und Gesellschaft*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Erikson, E.H. (1959/73). *Identität und Lebenszyklus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Erikson, E.H. (1970). *Jugend und Krise*. Stuttgart: Klett.
- Fachkommission Integrationsfähigkeit. (2020). *Gemeinsam die Integrationsfähigkeit gestalten. Bericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit*. [www.integrationsbeauftragte.de](http://www.integrationsbeauftragte.de)
- Feshbach, S. (1991). Attachment processes in adult political ideology: Patriotism and nationalism. In J.L. Gewirtz & W.M. Kurtines (Eds.), *Intersections with attachment* (pp. 207 – 226). Hillsdale, N.J.: Lawrence Erlbaum.
- Foroutan, N. (2019). *Die postmigrantische Gesellschaft: Ein Versprechen der pluralen Demokratie*. Bielefeld: transcript.
- Fraser, N. (2017). Vom Regen des progressiven Neo-Liberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In H. Geiselberger (Hrsg.), *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit* (S. 77 – 91). Berlin: Suhrkamp.
- Frenkel-Brunswik, E. (1949). Intolerance of ambiguity as an emotional and perceptual personality variable. *Journal of Personality*, 18, 108 – 143.
- Freud, S. (1961). *Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Fukuyama, F. (2018). *Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet*. Hamburg: Hoffmann und Campe.

- Fukuyama, F. (2019). Identitätspolitik. Die Forderung nach Würde und die Zukunft des Nationalstaats. [www.magazine.erstestiftung.org](http://www.magazine.erstestiftung.org) (Zugriff am 16.12.2020).
- Gehlen, A. (1950/ 2016). *Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt*. Wiesbaden: Aula/ Frankfurt a.M.: Klostermann.
- Gergen, K.J. & Gergen, M.M. (1988). Narrative and the self as relationship. *Advances in Experimental Social Psychology*, 21, 17-56.
- Habermas, J. (1998). *Die postnationale Konstellation*. Frankfurt .M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.).(2003). *Deutsche Zustände (Folge 2)*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.).(2012). *Deutsche Zustände (Folge 10)*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hoquet, T. (2016). *Des sexes innombrables*. Paris: Seuil.
- Hübl, P. (2019). *Die aufgeregte Gesellschaft: Wie Emotionen unsere Moral prägen und die Polarisierung verstärken*. München: Bertelsmann.
- IPSOS (2021). *Das Misstrauen ist groß – Studie zu Vertrauen, Populismus und Politikverdrossenheit*. [www.ipsos.com](http://www.ipsos.com).
- Jaensch, E.R. (1923). *Über den Aufbau der Wahrnehmungswelt und ihre Struktur im Jugendalter*. Leipzig: Barth.
- Jaensch, E.R. (1927). *Die Eidetik und die typologische Forschungsmethode*. Leipzig: Quelle & Meyer.
- Jann, O. (2017). „Heartland“ oder: Die Kritik der infamen Bürger. In D. Jörke & O. Nachtwey (Hrsg.), *Das Volk gegen die (liberale) Demokratie* (S. 279 – 302). Baden-Baden: Nomos.
- Kade, C. (2021). *Nach dem Anschlag. Würzburg wird bereits vergessen – eine Schande*. [www.welt.de/debatte/kommentare/plus232325625](http://www.welt.de/debatte/kommentare/plus232325625) (Zugriff am 06.07.2021).
- Kastner, J. & Susemichel, L. (2019). Zur Geschichte linker Identitätspolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte. Identitätspolitik*, 9 – 11, 69, 11 – 17.
- Kelle, B. (2015). *Gender Gaga. Wie eine absurde Ideologie unseren Alltag erobern will*. München: FBV.

- Kelle, B. (2020). Noch normal? Das lässt sich gendern! Gender-Politik ist das Problem, nicht die Lösung. München: FBV.
- Keupp, H. (1997). Diskursarena Identität. Lernprozesse in der Identitätsforschung. In H. Keupp & R. Höfer (Hrsg.), Identitätsarbeit heute. Klassische und aktuelle Perspektiven der Identitätsforschung (S. 11 – 39). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kölner Statistische Nachrichten (10/2021). Nationalitäten in Köln. [www.stadt-koeln.de/mediasset/pdf15](http://www.stadt-koeln.de/mediasset/pdf15) (Zugriff am 30.7.2021).
- Kölner Stadt-Anzeiger (2021). „Gendern ist verlogen und verhunzt die Sprache“. 03.06.2021, S. 24.
- Koopmans, R. & Orgad, L. (2020). Majority-minority-constellations: Towards a group-differentiated approach. Discussion paper SP VI 2020-104. WZB Berlin Social Science Center.
- Katholisch.de (2021). Theologin: „Gott\*“ mit Stern führt zu biblischer Sprache hin. [www.katholisch.de/artikel/31837](http://www.katholisch.de/artikel/31837) (Zugriff am 5.11.2021).
- Kraus, W. (1996). Das erzählte Selbst. Die narrative Konstruktion von Identität in der Spätmoderne. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Kronschläger, T. (2021). Entgendern nach Phettberg. [www.stern.de/panorama/gesellschaft](http://www.stern.de/panorama/gesellschaft) (Zugriff am 9.4.21)
- Kühner, A., Langer, P.C. & Sigel, R. (2008). Ausgewählte Studienergebnisse im Überblick. In Bayrische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit (Hrsg.), Holocaust Education [Themenheft]. Einsichten und Perspektiven, Bayrische Zeitschrift für Politik und Geschichte, 1, 76 – 83.
- Küveler, J. (2021a). Wo jeder Deutsche gleich zum „Menschen mit Nazi-Hintergrund“ wird. [www.welt.de/kultur/literatur](http://www.welt.de/kultur/literatur) (Zugriff am 8.3.2021).
- Küveler, J. (2021b). Amazons Identitätspolitik. Das Ende der Schauspielerei. [www.welt.de/kultur/kino/](http://www.welt.de/kultur/kino/) (Zugriff am 9.08.2021).
- Lenzen, D. (2021). Interventionswissenschaft. *Forschung & Lehre* 6/28, 454 - 456.
- Leo, P. (2021). Tränen ohne Trauer. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Lilla, M. (2017). Das Scheitern der Identitätspolitik. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1, 48 – 52.
- Lohr, M. (2021). Gutachten wird erstellt. Universität Kassel: Streit ums Gen-

- dern – Jetzt reagiert die Uni. [www.hna.de/kassel/universität-laesst-das-gendern-prüfen-90477093.html](http://www.hna.de/kassel/universität-laesst-das-gendern-prüfen-90477093.html). (Zugriff am 24.04.2021).
- London, P. (1970). The rescuers: Motivational hypotheses about Christians who saved Jews from the Nazis. In J. Macaula & L. Berkowitz (Eds.), *Altruism and helping behavior* (pp. 241 – 250). New York: Academic Press.
- Lotter, M.-L. (2021). Begriffliche Falschmünzerei. Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit unter Druck. *zeitzeichen.net*, 5/21, 8 – 11.
- Luhmann, N. (1985). *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie* (2. Aufl.). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Maehler, D. (2012). *Akkulturation und Identifikation bei eingebürgerten Migranten in Deutschland*. Münster: Waxmann.
- Manow, P. (2019). Politischer Populismus als Ausdruck von Identitätspolitik? Über einen ökonomischen Ursachenkomplex. *Aus Politik und Zeitgeschichte. Identitätspolitik*, 9 – 11, 69, 33 – 40.
- Manske, A. (2009). Im Mainstream vereinen. Ursprünge und Konfliktfelder der US-amerikanischen Political Correctness-Diskussion. *Forschung & Lehre*, 2, 16, 94 – 96.
- Mansour, A. (2021). Die Bluttat von Würzburg und ihre Folgen: Nur, wer sich sicher fühlt, ist tolerant. [www.focus.de/politik/meinungsmacher/klartext-die-klumne-vonahmad-mansour](http://www.focus.de/politik/meinungsmacher/klartext-die-klumne-vonahmad-mansour) (Zugriff am 03.07.2021).
- Marcia, J.E. (1966). Development and validation of ego-identity status. *Journal of Personality and Social Psychology*, 3, 551-558.
- Marsal, E. (2004). Identität und Selbst bei Erik H. Erikson. In H. Hoffmann & A. Stiksrud (Hrsg.), *Dem Leben Gestalt geben* (S. 79 – 93). Wien: Krammer.
- Mbembe, A. (2017). *Die Politik der Feindschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Moffett, M.W. (2019). *Was uns zusammenhält. Eine Naturgeschichte der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Moses, A. D. (2021a). *The problems of genocide*. Cambridge: University Press.
- Moses, A.D. (2021b). *Der Katechismus der Deutschen*. [www.geschichteder-gegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen](http://www.geschichteder-gegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen) (Zugriff am 02.07.2021).
- Moses, A.D. (2021c). Wir haben keinen neuen Historikerstreit, sondern einen neuen Illiberalismus. [www.berliner-zeitung.de/wochenende](http://www.berliner-zeitung.de/wochenende) (Zugriff am 7.8.2021).

- Mrozek, B. (2020). Sinneskolumne. Sensorischer Rassismus. Merkur, 74, 858, 57 – 66.
- Netzwerk Wissenschaftsfreiheit (2021). Manifest. [www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/ueber-uns/manifest](http://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/ueber-uns/manifest) (Zugriff am 11.02.2021).
- Noelle-Neumann, E. (1987). Nationalgefühl und Glück. In E. Noelle-Neumann & R. Köcher (Hrsg.), Die verletzte Nation: Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern (S. 17 – 47). Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Oesch, D. (2013). The class basis of the cleavage between the new left and the radical right: An analysis for Austria, Denmark, Norway and Switzerland. In J. Rydgren (Ed.), Class politics and the radical right (S. 31 – 52). London: Routledge.
- Ohanwe, M. (2021). Kommentare über „ausländisches Essen“ können verletzend und rassistisch sein. [www.jetzt.de](http://www.jetzt.de) (Zugriff am 18.01.2021).
- Onuegbu, A. (2020). „Hallo, hier spricht der Mohrenkopf!“ Sprachnachrichten, Nr. 88 (4/2020). S. 3.
- Petersen, T. (2021). Eine Mehrheit fühlt sich gegängelt. Allensbach-Umfrage. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.06.2021. [www.faz.net/aktuell/politik/inland](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland) (Zugriff am 17.06.2021)
- Pfaller, R. (2018). Sprecht wie Mimosen! Handelt wie Bestien! In J. Richardt (Hrsg.), Die sortierte Gesellschaft (S. 123 – 137). Frankfurt a.M.: Novo.
- Pokorny, S. & v. Wilamowitz-Moellendorf, U. (2021). Was eint die Einwanderungsgesellschaft? Bonn: Konrad Adenauer Stiftung.
- Popper, K.R. (2005). Logik der Forschung (11. Aufl.). Tübingen: Mohr Siebeck.
- Radtke, U. (2016). „We feel offended“. Forschung & Lehre, 6, 23, S. 465.
- Reis, J. (1996). Inventar zur Messung der Ambiguitätstoleranz (IMA). Manual. Heidelberg: Asanger.
- Reuter, J., Gamper, M., Möller, C. & Blome, F. (Hrsg.). (2020). Vom Arbeiterkind zum Professor. Sozialer Aufstieg in der Wissenschaft. Bielefeld: transcript.
- Rheingold-Institut (2021). Deutschlands Zukunft zwischen No-Future-Modus und Gestaltungskraft im kleinen Kreis. [www.rheingold-marktforschung.de/zukunftsstudie-2021](http://www.rheingold-marktforschung.de/zukunftsstudie-2021).

- Rothberg, M. (2021). *Multidirektionale Erinnerung: Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonialisierung*. Berlin: Metropol.
- RP Online (2021). Wächterpreis-Verleihung. Publizist Wolffsohn wirft deutschen Medien selbstgerechte Bevormundung vor. [www.rp-online.de/panorama/deutschland/waechterpreis](http://www.rp-online.de/panorama/deutschland/waechterpreis) (Zugriff am 04.06.2021).
- Rusesabagina, P. (2006). *Ein gewöhnlicher Mensch. Die wahre Geschichte hinter „Hotel Ruanda“*. Berlin: Berliner Taschenbuch Verlag.
- Sapolsky, R. (2019). *Gewalt und Mitgefühl. Die Biologie des menschlichen Verhaltens*. München: Hanser.
- Schmidt-Denter, U. (1994). Prosoziales und aggressives Verhalten. In A. Schneewind (Hrsg.), *Psychologie der Erziehung und Sozialisation. Enzyklopädie der Psychologie, D,1,1* (S. 285 – 314). Göttingen: Hogrefe.
- Schmidt-Denter, U. (2005). *Soziale Beziehungen im Lebenslauf. Lehrbuch der sozialen Entwicklung*, 4. Aufl. Weinheim: Beltz/PVU.
- Schmidt-Denter, U. (2011). *Die Deutschen und ihre Migranten. Ergebnisse der europäischen Identitätsstudie*. Weinheim: Beltz/Juventa. [www.schmidt-denter.de/forschung/dokumente](http://www.schmidt-denter.de/forschung/dokumente).
- Schmidt-Denter, U. (2018). *Identitätserziehung in Deutschland: Wirkungen auf Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund*. Abhandlungen der Humboldt-Gesellschaft für Wissenschaft, Kunst und Bildung e.V. (Band 41), S. 125 – 146. [www.humboldt-gesellschaft.org/sites/default/files/downloads/Humboldt\\_41-Sept.2018-e.pdf](http://www.humboldt-gesellschaft.org/sites/default/files/downloads/Humboldt_41-Sept.2018-e.pdf)
- Schmidt-Denter, U., Hoever, I., Görgens, I., Skuballa, I. & Mikaberidse, S. (2008). Interviewdaten zur sozialen Identität von Jugendlichen ohne und mit Migrationshintergrund: ein Zeitvergleich von 2001/2002 und 2007. (Forschungsbericht Nr. 30 zum Projekt „Personale und soziale Identität im Kontext von Globalisierung und nationaler Abgrenzung“). Köln: Universität. [www.schmidt-denter.de/forschung/identitaet/forschungsberichte.html](http://www.schmidt-denter.de/forschung/identitaet/forschungsberichte.html)
- Schmidt-Denter, U. & Spangler, G. (2005). *Entwicklung von Beziehungen und Bindungen*. In J.B. Asendorpf (Hrsg.), *Enzyklopädie der Psychologie, C, V, Band 3: Soziale, emotionale und Persönlichkeitsentwicklung* (S. 425 – 523). Göttingen: Hogrefe.
- Schmidt-Denter, U. & Stubig, S. (2011). *Holocaust Education: Lehrplanrecherche, TV-Recherche und Untersuchungen* (Forschungsbericht Nr. 35 zum Projekt “Personale und soziale Identität im Kontext von Globalisierung und

nationaler Abgrenzung“). Köln: Universität. [www.schmidt-denter.de/ forschung/identitaet/forschungsberichte.html](http://www.schmidt-denter.de/forschung/identitaet/forschungsberichte.html)

- Schreiber, C. (2017). *Inside Islam*. Berlin: Ullstein.
- Schwarzer, A. (2016). *Der Schock. Die Silvesternacht von Köln*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Seuff, M. (2021). Wird in anderen europäischen Ländern gegendert? [www.jetzt.de](http://www.jetzt.de) (Zugriff am 18.01.2021)
- SINUS-Institut (2021). *Die Sinus-Milieus 2021*. [www.sinus-institut.de/media-center/presse](http://www.sinus-institut.de/media-center/presse).
- Smith, T.W. & Jarkko, L. (1998). *National pride: A cross-national analysis (GSS Cross-national report No. 19)*. Chicago: University, NORC.
- Spiegel (2021). *Das Erwachen*. Nr. 28 vom 10.07.21, S. 9 – 15.
- Staub, E. (1997). Blind vs. constructive patriotism: Moving from embeddedness in the groups to critical loyalty and action. In D. Bar-Tal & E. Staub (Eds.), *Patriotism in the lifes of individuals and nations* (pp. 213 – 228). Chicago: Nelson-Hall.
- Stegemann, B. (2021). *Die Öffentlichkeit und ihre Feinde*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Stern (2020). *Ungewöhnlicher Kalender: Vulva-Nahaufnahmen für jeden Tag*. [www.stern.de/kultur](http://www.stern.de/kultur) vom 05.12.2020 (Zugriff am 26.02.2021).
- Sternberger, D. (1990). *Verfassungspatriotismus*. Frankfurt a.M.: Insel.
- Strauß, S. (2019). Bürgerliche Bekenntniskultur statt Identitätspolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 9-11, 69, 4 – 9.
- Strittmatter, K. (2018). *Die Neuerfindung der Diktatur. Wie China den digitalen Überwachungsstaat aufbaut und uns damit herausfordert*. München: Piper.
- Stubig, S. (2015). *Die Wirkung des Geschichtsunterrichts zu Nationalsozialismus und Holocaust auf die Identität von Jugendlichen*. Aachen: Shaker.
- Süddeutsche Zeitung (2020). *Wieviel Polemik ist noch erträglich?* [www.sueddeutsche.de/kolumne/lisa-eckhart-wieviel-polemik-ist-noch-ertraeglich](http://www.sueddeutsche.de/kolumne/lisa-eckhart-wieviel-polemik-ist-noch-ertraeglich) (Zugriff am 13.12.2020).
- Süddeutsche Zeitung. *Magazin* (2021). „Wir sind schon da.“ Heft 5 vom 4.2.2021. [www.sz-magazin.sueddeutsche.de/kunst/schauspielerinnen-schauspieler-coming-out](http://www.sz-magazin.sueddeutsche.de/kunst/schauspielerinnen-schauspieler-coming-out) (Zugriff am 4.2.2021).



- Süddeutsche Zeitung (2021). Deutscher Schauspielpreis geht an Initiative #Act Out. [www.sueddeutsche.de/medien](http://www.sueddeutsche.de/medien) (Zugriff am 29.07.2021).
- Süllwold, F. (1988). Zur Diagnose und Theorie von Ethnophilie und Ethnohostilität. *Zeitschrift für experimentelle and angewandte Psychologie*, 35, 476 – 495.
- TAG24 (2021). Absurd? Woke-Lifestyle-Aktivist\*innen finden „Rassismus“ in Matheaufgaben. [www.tag24.de/justiz/rassismus](http://www.tag24.de/justiz/rassismus) (Zugriff am 26.6.2021).
- Tajfel, H. (1982). *Gruppenkonflikt und Vorurteil. Entstehung und Funktion sozialer Stereotypen*. Bern: Huber.
- Tajfel, H. & Turner, J.C. (1986). The social identity theory of intergroup behavior. In S. Worchel & W.G. Austin (Eds.), *Psychology of intergroup relations* (pp. 7 – 24). Chicago: Nelson-Hall.
- Takeaways, K. (2021). 34% of white college students lied about their race to improve chances of admission, financial aid benefits. [www.intelligent.com](http://www.intelligent.com) (Zugriff am 10.02.2021).
- Thierse, W. (2021). Wieviel Identität verträgt die Gesellschaft? Grabenkämpfe gegen Gemeinsinn. [www.faz.de/feuilleton/debatte](http://www.faz.de/feuilleton/debatte) (Zugriff am 22.02.2021).
- Tibi, B. (1998). *Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft*. München: Bertelsmann.
- TNS Infratest (2010). *Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland – Was geht uns das noch an? Fragen an die vierte Generation. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung im Auftrag von DIE ZEIT*. Berlin: TNS Infratest.
- t-online (2021). „Ein deutscher Liederabend“. Ärger um Werbeplakat von Heino. [www.t-online.de/unterhaltung/musik](http://www.t-online.de/unterhaltung/musik) (Zugriff am 12.04.2021)
- Topçu, C. (2007). *EinBÜRGERung. Ein Lesebuch über das Deutschwerden*. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel.
- Ulrich, B., Topcu, Ö. & Wefing, A. (2010). Deutschtürken und der Holocaust: Geteilte Erinnerung. [www.zeit.de/2010/04/editorial](http://www.zeit.de/2010/04/editorial) Umfrage. Page = 2. (Zugriff am 25.02.2011).
- Vogel, S. (2021). Das Erbe von ´68: Identitätspolitik als Kulturrevolution. *Blätter für deutsche und internationale Politik*. [www.blaetter.de/ausgabe/2021/april](http://www.blaetter.de/ausgabe/2021/april).
- Wagenknecht, S. (2021a). *Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm - für Gemeinsinn und Zusammenhalt*. Frankfurt: Campus.

- Wagenknecht, S. (2021b). Gender, Queer, Flüchtlinge: Mit billigem Trick macht Lifestyle-Linke die Mehrheit zu Rechten. [www.focus.de/kultur/gesellschaft](http://www.focus.de/kultur/gesellschaft) (Zugriff am 12.05.2021).
- Wehling, E. (2016). Alles, nur bitte keine „Political Correctness“. *Forschung & Lehre*, 4, 23 (S. 300 – 301).
- Weiß, V. (2018). Die Rechte beansprucht für sich das Recht auf Differenz – und kommt damit durch. In J. Richardt (Hrsg.), *Die sortierte Gesellschaft. Zur Kritik der Identitätspolitik* (S. 80 – 90). Frankfurt a.M.: Novo Argumente Verlag.
- Welt (2021). Obama warnt vor den Gefahren der „Cancel Culture“. [www.welt.de/politik/ausland/article/231687313](http://www.welt.de/politik/ausland/article/231687313) (Zugriff am 11.06.2021)
- Westle, B. (1995). Nationale Identität und Nationalismus. In U. Hoffmann-Lange (Hrsg.), *Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 2* (S. 195 – 243). Opladen: Leske + Budruck.
- Westle, B. (1999). Kollektive Identität im vereinten Deutschland. *Nation und Demokratie in der Wahrnehmung der Deutschen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Wiarda, J.-M. (2021). Austeilen und Einstecken. *Netzwerk Wissenschaftsfreiheit*. [www.SZ.de](http://www.SZ.de) (Zugriff am 11.02.2021).
- Winnicott, D.W. (1965). From dependence toward independence in the development of the individual. In *The maturational process and the facilitating environment* (pp. 83 – 112). New York: International Universities Press.
- Zimbardo, P. (2008). *Der Luzifer-Effekt. Die Macht der Umstände und die Psychologie des Bösen*. Heidelberg: Springer.
- Zoske, S. (2021). Gendern und Biologie. Neues Ameisy entdeckt. [www.faz.net/aktuell/rhein-main-region-und-hessen/17327435.html](http://www.faz.net/aktuell/rhein-main-region-und-hessen/17327435.html). (Zugriff am 7.05.2021).